

Willi Gerns

Der Sozialismus

Bilanz und Perspektive



MARXISTISCHE BLÄTTER

FLUGSCHRIFTEN 16

Gescheiterte Moderne ?

Zur Ideologiekritik des Postmodernismus

EMB 101 • 230 Seiten • EUR 15.80

ANDRÁS GEDÖ

Die Philosophie der Postmoderne im Schatten von Marx

ERICH HAHN

Postmoderne Ästhetisierung – Konzept und Realität

HANS HEINZ HOLZ

Irrationalismus – Moderne – Postmoderne

HARTMUT KRAUSS

Das umstrittene Subjekt der «Post-Moderne»

MORUS MARKARD

Von der abstrakten Negation zur konkreten Bejahung.
Postmoderne Gedankenarbeit als Entpolitisierung
von Psychologiekritik

THOMAS METSCHER

Zivilgesellschaft und postmodernes Bewußtsein

WERNER SEPPMANN

«Gescheiterte Moderne»?

Das «Postmoderne Denken» als Krisenideologie

ROBERT STEIGERWALD

Postmoderne ist neue Melodie zu altem Text

GOTTFRIED STIEHLER

Der Mensch Schöpfer und Geschöpf seiner Verhältnisse –
wider die «Dekonstruktion» des Subjekts

NEUE **IMPULSE** VERLAG

Willi Gerns

Der Sozialismus

Bilanz und Perspektive

Neue Impulse Verlag

Willi Gerns, geb. 1930. Mitglied der Redaktion der *Marxistischen Blätter*, der «Marx-Engels-Stiftung e.V.» und des Kuratoriumsvorstands der «Gedenkstätte Ernst Thälmann e.V.» in Hamburg. Bau- und Metallarbeiter, später externe Examen als Diplomökonom und Fachübersetzer (russ.). Seit 1949 Kommunist. Von 1968 bis 1990 Präsidiumsmitglied des Parteivorstands der DKP. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Strategie und Programmatik der DKP, zur Parteitheorie, zur Kapitalismusanalyse, zur Sozialismusthematik, zu den gegenwärtigen Entwicklungen in Russland und der GUS sowie anderen politischen und ideologischen Fragen.

© 2003 Neue Impulse Verlag GmbH, 45127 Essen, Hoffnungstr. 18
Fon 0201-24 86 482; Fax 0201-24 86 484; NeueImpulse@aol.com

Alle Rechte vorbehalten

Titelgrafik Bernd Bücking, München

Druck: DIP Digital Print, Witten

ISBN 3-910080-47-2

EUR 3.00 (D)

Inhalt

I. Die Länder des realen Sozialismus im Licht der Grundaussagen des Marxismus über die sozialistische Gesellschaft 5

1. Die Sozialismusvorstellungen bei Marx und Engels 6
2. Die Sozialismusvorstellungen bei Lenin 12
3. Zu den Leistungen des realen Sozialismus 15

II. Zu den Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus in Europa 18

1. Mangelnde ökonomische Leistungsfähigkeit 19
2. Deformationen des politischen Systems 22
3. Schwierige geschichtliche Ausgangsbedingungen 24
4. Versäumnisse in der theoretischen Arbeit 26
5. War das Scheitern unvermeidlich? 27
6. Die verhängnisvolle Rolle Gorbatschows 31

III. Die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus ist notwendiger denn je 34

1. Die historisch-materialistische Begründung des Sozialismus 35
2. Die Gebrechen des realen Kapitalismus 36
3. Kapitalistische Widersprüche verschärfen sich 37

IV. Schlussfolgerungen aus der Niederlage des realen Sozialismus für die Gestaltung zukünftiger sozialistischer Gesellschaften 43

1. Zur sozialistischen Demokratie 45
2. Zu den ökonomischen Verhältnissen 48

I. Die Länder des realen Sozialismus im Lichte der Grundaussagen des Marxismus über die sozialistische Gesellschaft

Die zerschlagenen und zusammengebrochenen Gesellschaften in der Sowjetunion, der DDR und Osteuropa werden von linken Autoren unterschiedlich bezeichnet: als Frühsozialismus, Kommandosozialismus, administrativ-bürokratischer Sozialismus, Staatssozialismus, realer Sozialismus u.a. Manche vertreten den Standpunkt, es habe sich überhaupt nicht um sozialistische Gesellschaften gehandelt. Diese Position teile ich nicht. Ich gehöre zu denjenigen, die den Begriff «realer Sozialismus» verwenden. Er wird gebraucht, um damit deutlich zu machen, dass es sich nicht um ein Idealbild des Sozialismus handelte, sondern um den Sozialismus, wie er mit seinen Leistungen, aber auch mit seinen Deformationen real existierte. In Anlehnung an den in der Historiographie des Kapitalismus für dessen frühe Entwicklungsetappe gebrauchten Begriff Frühkapitalismus scheint mir aber auch die Bezeichnung Frühsozialismus zutreffend zu sein, die darauf abhebt, dass es um ein frühes Stadium in der Entwicklung dieser Gesellschaft ging, die nicht ausgereift, sondern noch mit Muttermalen derjenigen Gesellschaft behaftet war, aus der sie hervorgegangen ist.

Wenn die Frage beantwortet werden soll, ob es zulässig ist, die genannten Gesellschaften als sozialistische zu charakterisieren, dann muss man sich darüber verständigen, was unter Sozialismus verstanden wird. Schließlich gab und gibt es sehr unterschiedliche Sozialismusvorstellungen. So haben sich Marx und Engels schon im «Manifest der Kommunistischen Partei» und in anderen Arbeiten mit den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismuskonzeptionen ihrer Zeit auseinandergesetzt. Auch heute haben wir es mit unterschiedlichen Sozialismusvorstellungen zu tun. Es gibt den von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus, es gibt christlich geprägte Sozialismusbilder, und es gibt den «demokratischen Sozialismus» der Sozialdemokratie, die den Sozialismus nicht als eine vom Kapitalismus qualitativ unterschiedene sozialökonomische Formation versteht, sondern als ethische Werte, denen sich eine Gesellschaft annähern, die sie jedoch nie vollständig erreichen kann. Wobei diese Konzeption in der SPD Gerhard Schröders, die zu einer ganz gewöhnlichen Partei des Großka-

pitals verkommen ist, höchstens noch bei einigen sich am Rande der Partei bewegendes Mitgliedern eine Rolle spielt. Das Erbe des «demokratischen Sozialismus» hat in unserem Land die PDS angetreten.

Ich lasse mich – wie meine Partei, die DKP, insgesamt – von dem von Marx und Engels begründeten wissenschaftlichen Sozialismus leiten, der den Sozialismus/Kommunismus als eine sozialökonomische Formation mit eigenen sozialökonomischen Strukturen definiert. Dabei haben Marx und Engels kein detailliertes Sozialismuskonzept erarbeitet. Gegenstand ihrer Arbeiten war im wesentlichen die Analyse des Kapitalismus und seiner Gesetzmäßigkeiten. Bei ihnen finden sich nur allgemeinste Aussagen über das Ziel und die unverzichtbaren Grundvoraussetzungen der sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft sowie über die Unterschiede zwischen den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation.

Dieser Umstand berechtigt meiner Überzeugung nach jedoch nicht zu der Schlussfolgerung, zu der Klaus Peter Kisker in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Initial* gelangt, wenn er schreibt: «Es gab und gibt also keine allgemein gültige Meßlatte der Klassiker, die, an eine Gesellschaft angelegt, zeigt, ob sie eine sozialistische ist.»¹ Die Aussagen von Marx und Engels halte ich sehr wohl für geeignet diese Funktion zu erfüllen, und dies gerade, weil sie allgemeinste Kriterien darstellen, die von allen nationalen und historisch bedingten Besonderheiten abstrahieren.

Wenden wir uns zunächst etwas ausführlicher den Aussagen von Marx und Engels über den Sozialismus zu. Wir stützen uns dabei auf den in Heft 1/1998 der *Marxistischen Blätter* erschienenen Aufsatz des russischen Philosophen Anatoli Schendrik: «Das Sozialismusbild der Klassiker des Marxismus-Leninismus».

1. Die Sozialismusvorstellungen bei Marx und Engels

Weder bei Marx noch bei Engels findet sich eine einzelne Arbeit, in der ihre Vorstellungen über den Sozialismus/Kommunismus² erschöpfend dargelegt wären. Ihr Verständnis von der neuen Gesellschaft legten sie in vielen Arbeiten dar, vor allem in den «Ökonomisch-philosophischen Manuskripten» aus dem Jahre 1844, im «Manifest der Kommunistischen Partei», in der «Deutschen Ideologie» und im «Anti-Dühring». Besonders wichtig sind für die Verdeutlichung ihrer Position in dieser Frage Engels' Werk «Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft» und Marx' «Kritik des Gothaer Programms».

Und selbst in ihrer Gesamtheit genommen, machen die Arbeiten von

Marx und Engels, wie gesagt, keine umfassenden, in alle Details gehenden Aussagen über die neue Gesellschaft. Dies erklärt sich aus der prinzipiellen Position der Klassiker des Marxismus, die es ablehnten, in der Art der utopischen Sozialisten darüber zu spekulieren, wie die Mitglieder der künftigen kommunistischen Gesellschaft leben werden. Sie lehnten es ab, in der Stille der Studierstube ein gesellschaftliches Ideal zu konstruieren. Schon in ihrer ersten gemeinsamen Arbeit «Die deutsche Ideologie» schrieben sie: «Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.»³

Auch später haben sie immer wieder davor gewarnt, «Rezepte für die Garküchen der Zukunft» zu erfinden. Die gleiche Vorsicht finden wir übrigens auch bei Lenin hinsichtlich konkreter Aussagen über das Bild der neuen Gesellschaft. Noch auf dem VII. Parteitag der KPR(B) im März 1918, also nach dem Sieg der Oktoberrevolution, erklärte er in der Diskussion über das neue Parteiprogramm: «Wir können keine Charakteristik des Sozialismus geben; wie der Sozialismus aussehen wird, wenn er fertige Formen annimmt – das wissen wir nicht. ... Die Ziegel sind noch nicht hergestellt, aus denen der Sozialismus aufgebaut wird. Weiter können wir nichts sagen, und man muss möglichst vorsichtig und genau sein.»⁴

Ihre Vorstellungen von der neuen Gesellschaft zeichneten sich bei Marx und Engels allmählich, im Maße dessen ab, wie ihre theoretischen Thesen durch die Politik überprüft wurden, wie die einzelnen Elemente ihrer Lehre sich zu einem einheitlichen Ganzen verbanden. Daher auch die Unterschiede in ihren Aussagen über den Sozialismus/Kommunismus. Anders als Kritiker des Marxismus, die bemüht sind, aus diesen Unterschieden Widersprüche zu konstruieren, weist Schendrik zu Recht darauf hin, dass es sich bei den Unterschieden in Wirklichkeit dem Wesen nach um Unterschiede in der Tiefe des Durchdenkens der Vorstellungen über die künftige Gesellschaft, um das immer tiefere Eindringen in diese Problematik handelt.

Erste Aussagen zum Sozialismus/Kommunismus, insbesondere zur Eigentumsproblematik, finden sich bereits in den vom jungen Marx verfassten Ökonomisch-philosophische Manuskripten aus dem Jahre 1844 sowie in der «Deutschen Ideologie». Eine weitergehende Beschreibung der künftigen Gesellschaft und ihre theoretische Begründung formuliert Engels dann in den zur Vorbereitung des «Manifests der Kommunistischen Partei» geschriebenen «Grundsätzen des Kommunismus».

Danach ist das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsinstrumenten und Produktionsmitteln die ökonomische Basis des Sozialismus. Deren Konfiskation aus den Händen der Klasse der Kapitalisten beseitigt die Konkurrenz und die Verschwendung des gesellschaftlichen Reichtums, beendet den Krieg aller gegen alle und verwandelt die konkurrierenden Gruppen von Privateigentümern in Assoziationen von Werktätigen, in denen eine allgemeine Nutzung der Produktionsinstrumente und Produktionsmittel sowie die Verteilung der erzeugten Produkte nach allgemeiner Übereinkunft existiert. Wie die staatliche Ordnung im Sozialismus aussehen wird, ob Ware-Geld-Beziehungen und Klassen existieren werden, davon ist noch nicht die Rede. Das ist verständlich, da die Ausarbeitung der ökonomischen Theorie des Marxismus noch bevorsteht wie auch die Theorie der Entfremdung, die Lehre vom Staat und der historischen Mission der Arbeiterklasse erst noch erarbeitet werden mussten.

Im «Manifest der Kommunistischen Partei», das 1848 erschienen ist und das zu Recht als die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnet wird, benannten Marx und Engels die Grundvoraussetzungen, die notwendigen Fundamente für die Errichtung des gesellschaftlichen Gebäudes Sozialismus/Kommunismus. Sie stellen bereits klare Kriterien dar, an denen eine sozialistische Gesellschaft gemessen werden kann. Es heißt dort, «dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.» Weiter benennen sie als Aufgabe u.a.: «Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.»⁵

Das letztendliche Ziel dieser Maßnahmen ist ein soziales System, in dem es kein kapitalistisches Privateigentum mehr geben wird, das sich auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gründet. Grundlegende Zelle der Gesellschaft des Kommunismus ist eine «Assoziation» von Individuen, «worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».⁶ Diese konzentriert in ihren Händen alle Machtfunktionen. Die öffentliche Macht wird jedoch keinen politischen Charakter tragen, weil das Proletariat, zur herrschenden Klasse geworden, die Staatsgewalt nur in der ersten Etappe des

Werdens der neuen Gesellschaft, nur solange nutzen wird, wie es notwendig ist, den Widerstand der gestürzten Ausbeuterschichten zu unterdrücken. In der Folge tritt an die Stelle der Verwaltung von Menschen die Verwaltung von Sachen und Produktionsprozessen. Im Kommunismus werde es keine Klassen geben: «Wenn das Proletariat ... die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassen Gegensatzes, der Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.»⁷ In der neuen Gesellschaft, so waren die Vorstellungen von Marx und Engels, wird die Arbeit für alle zur Pflicht und zur einzigen Quelle eines menschenwürdigen Lebensniveaus. Bildung und Erziehung werden kostenlos sein und organisch mit der materiellen Produktion vereinigt.

In dieser Etappe ihres Wirkens sahen Marx und Engels den Sozialismus/Kommunismus als eine Gesellschaft, deren Werden unmittelbar nach dem Sturz der Kapitalherrschaft und der Verwandlung des Proletariats zur herrschenden Klasse beginnt. Im Sozialismus/Kommunismus wird es danach nicht nur juristische, sondern faktische Gleichheit, unmittelbaren Produktaustausch, «durchschaubare, vernünftige klare» gesellschaftliche Verhältnisse geben, die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtreichtums erfolgt in Übereinstimmung mit der verausgabten Arbeit. Das ist eine klassenlose Gesellschaft, ohne Warenproduktion und Geld, in der die Rolle des Äquivalents für das verausgabte Arbeitsquantum von speziellen Bescheinigungen übernommen wird. Das ist eine Gesellschaft, in der es keine Armee, Polizei und Gendarmerie gibt und das bewaffnete Volk selbst die Rolle des Verteidigers gegen Anschläge innerer und äußerer Feinde übernimmt. Dieses soziale System wirkt auf der Grundlage einer Selbstverwaltung, an deren Prozess jedes Mitglied der Gesellschaft teilnimmt, das ein entsprechendes Alter erreicht hat und die Bürgerrechte besitzt.

Die Gedanken der Klassiker des Marxismus blieben jedoch nicht auf der Stelle stehen. Wesentliche Korrekturen in ihren Vorstellungen vom Sozialismus/Kommunismus brachte die Pariser Kommune. Ihre historischen Lehren durchdenkend gelangten Marx und Engels zu einer Reihe prinzipiell neuer Schlussfolgerungen, die in ihren frühen Arbeiten fehlten. Besonders ausführlich werden diese neuen Vorstellungen im «Anti-Dühring» von Engels und seiner darauf basierenden Arbeit «Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft» sowie in der Marxschen «Kritik des Gothaer Programms» dargelegt.

Wenn die Klassiker des Marxismus zunächst den Kommunismus als eine unmittelbar auf den Kapitalismus folgende Gesellschaft sahen, dann

waren sie jetzt der Ansicht, dass zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus für eine ausreichend lange Zeit ein gesellschaftlicher Organismus existieren wird, der noch deutliche Spuren der alten Gesellschaft aufweist. Die Muttermale des Kapitalismus, von denen die Gesellschaft sich nicht auf einen Schlag freimachen kann, werden sich überall zeigen, und das ist in der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu berücksichtigen.

Der Staat wird in diesem Übergangsstadium weiter bestehen und seine Funktionen erfüllen; allerdings werden sich der Inhalt seiner Tätigkeit und der Kreis der zu lösenden Aufgaben kraft der Tatsache verändern, dass dies der Staat der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats sein wird. Allmählich, im Maße der Einstellung des Kampfes der gestürzten Ausbeuterklassen und der Formierung einer homogenen Gesellschaft wird er seine Funktionen den Assoziationen der Werktätigen übergeben.

Auf veränderte Weise werden in diesen Arbeiten auch die Probleme der Gleichheit gestellt. Wenn Marx und Engels früher zu einem solchen Verständnis der Gleichheit neigten, welches sich in den Theorien des «groben, gleichmacherischen» Sozialismus fand, so begründet Marx jetzt, dass das Recht der Gleichheit nur das Recht bedeutet, die Nützlichkeit und Bedeutung des Individuums nach der Arbeit zu messen. Infolge des Umstandes, dass ursprünglich eine Ungleichheit der physischen und intellektuellen Möglichkeiten des Menschen existiert, Unterschiede in der Qualifikation und den Arbeitsfertigkeiten, ist die gegebene Gleichheit ihrem Inhalt nach ein Recht der Ungleichheit, wie jedes Recht.

Es vollzogen sich ebenfalls Veränderungen in den Ansichten der Klassiker über den Mechanismus der Verteilung im Sozialismus. Wenn sie früher völlig eindeutig erklärt hatten, dass die produzierten Güter im Sozialismus nicht in der Gestalt von Waren auftreten und auf dem direkten Produktaustausch zwischen den verschiedenen Produktionsassoziationen bestanden, so schreibt Marx jetzt, dass unter den Bedingungen des niedrigen Stadiums der kommunistischen Formation «offenbar dasselbe Prinzip (herrscht), das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist».⁸

Was die herrschende Eigentumsform unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats betrifft, so erklären Marx und Engels eindeutig, dass das gesellschaftliche Eigentum ihrer Meinung nach unvermeidlich die Form des Staatseigentums haben wird, und dass sich dieses nur in dem Maße, wie der Staat zum wirklichen Repräsentanten der ganzen Gesellschaft wird, in allgemeines Volkseigentum verwandeln wird.

Als Quintessenz der Überlegungen der Klassiker des Marxismus zum Sozialismus/Kommunismus in dieser Periode ihres Schaffens kann man die von Marx in der «Kritik des Gothaer Programms» formulierten Gedanken über die Notwendigkeit einer Übergangsperiode, über die beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation und ihr jeweiliges Verteilungsprinzip nehmen, die wir daher ausführlich zitieren.

Marx schreibt: «Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.»⁹

Über die erste, niedere Phase heißt es: «Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt. ...

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen ausgetauscht.»

Unter diesen Bedingungen besteht nach Marx die Gleichheit darin, «dass an gleichem Maßstab, der Arbeit gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muss der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht», betont Marx, «ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, wie alles Recht. ...

Aber diese Missstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist.»¹⁰

Weiter schreibt Marx: «In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechts-horizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!»¹¹

Mir scheint, dass nicht wenige linke Kritiker des frühen Sozialismus, die den Ländern dieses Systems zum Teil sogar absprechen, überhaupt sozialistische Länder gewesen zu sein, den Sozialismus mehr oder weniger an den Kriterien messen, die nach Marx und Engels erst im vollendeten Kommunismus zu verwirklichen sind. Die Aussagen der Klassiker über die noch mit den Muttermalen des Kapitalismus behaftete erste Phase des Kommunismus, die – wie Lenin in seiner Arbeit «Staat und Revolution» schreibt – «gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird»¹², werden nicht oder ungenügend zur Kenntnis genommen.

2. Die Sozialismusvorstellungen bei Lenin

Schöpferisches Herangehen, die Bereitschaft, das erarbeitete Sozialismus-bild im Lichte praktischer Erfahrungen und tiefergehender theoretischer Erkenntnisse zu überprüfen und zu korrigieren, gilt auch für die Entwicklung der Sozialismusvorstellungen Lenins. Schendrik vertritt in seinem Aufsatz den Standpunkt, die Analyse der Arbeiten Lenins zeige, dass dieser bis 1921 in seinem Verständnis des Sozialismus im großen und ganzen auf der Position des «Manifests der Kommunistischen Partei» gestanden habe, obwohl die Ideen vom Absterben des Staates, von der proletarischen Diktatur als Staat der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus und weitere, die er in «Staat und Revolution», in «Der Renegat Kautsky und die proletarische Revolution» und anderen Schriften entwickelte, eine direkte Fortsetzung jener Ideen waren, die im «Anti-Dühring» und in der «Kritik des Gothaer Programms» enthalten sind. In jedem Fall sei davon auszugehen, dass das Verständnis des Sozialismus aus den frühen Arbeiten von Marx und Engels die theoretische Grundlage des «Kriegskommunismus»¹³ bildete.

Ein grundlegender Umbruch in den Ansichten Lenins vollzog sich

im Jahr 1921, als es im Land zu einer tiefen gesellschaftlichen Krise kam, die ihren Ausdruck in solchen für die Sowjetmacht gefährlichen Erscheinungen wie der Meuterei der Matrosen von Kronstadt fand. In seiner Arbeit «Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution» sagt Lenin gerade heraus, dass sowohl die gleiche Entlohnung für ungleiche Arbeit, die Einführung eines Mechanismus direkten Produktaustausches und von Kommunen in den Dörfern, die von der Masse der Bauern als fremdartige Strukturen aufgefasst wurden, als auch die Bestrebungen, die neue Gesellschaft auf Enthusiasmus aufzubauen, ohne Berücksichtigung der persönlichen Interessiertheit eines jeden an den durchgeführten Umgestaltungen, Fehler waren. Eine noch ausführlichere Analyse der aus theoretischen Postulaten entspringenden Fehler hat er in seinem Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongress der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung vorgenommen; darin spricht Lenin von einer ernsteren Niederlage, als sie je der Roten Armee von Koltschak, Denikin oder Pilsudski, d.h. von den Generalen der Konterrevolution und der Offensive polnischer Truppen gegen Sowjetrussland, zugefügt wurde.

Auf dem Hintergrund der negativen Erfahrungen mit dem Kriegskommunismus, bei denen allerdings auch berücksichtigt werden muss, dass manche Maßnahmen durch die Bedingungen des Bürgerkrieges und der ausländischen militärischen Intervention erzwungen waren, entwickelte Lenin die Idee der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die sich auf ein prinzipiell neues Verständnis des Sozialismus gründete, das von ihm unter Berücksichtigung der Praxis des sozialistischen Aufbaus in Russland formuliert wurde. Am vollständigsten wird die Leninsche Auslegung des Sozialismus in seinen letzten Arbeiten dargelegt, die unter der Bezeichnung «Lenins politisches Vermächtnis» bekannt sind, insbesondere in dem Artikel «Über das Genossenschaftswesen». Hier spricht er davon, «dass sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat». Er unterstreicht, dass es unter den Bedingungen Russlands in jener Periode notwendig sei, das Schwergewicht vom politischen Kampf auf die «friedliche organisatorische «Kulturarbeit»»¹⁴ zu verlegen.

Der Sozialismus, das ist nach dem Verständnis Lenins in seinen letzten Jahren, eine warenproduzierende und in Klassen gegliederte Gesellschaft, in der das Staatseigentum die dominierende Eigentumsform darstellt, in der die hauptsächliche Produktionszelle jedoch nicht die Kommune, sondern die Genossenschaft, eine Assoziation von Werktätigen ist, die an den Resultaten ihrer Arbeit interessiert sind.

Lenin definiert den Sozialismus als «ein System zivilisierter Genos-

senschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, beim Klassensieg des Proletariats über die Bourgeoisie».¹⁵

Die neue Gesellschaft stellt sich Lenin als eine solche dar, in der das Wertgesetz und das Prinzip der Bezahlung nach der Quantität und Qualität der Arbeit wirksam sind, in der ein Pluralismus sozialistischer Eigentumsformen in Gestalt von Staatseigentum und genossenschaftlichem Eigentum existiert, in der es einen starken Staat gibt, der Apparat der Staatsangestellten jedoch unter strenger Kontrolle des Volkes steht, in der die Werktätigen über das System der Sowjets und gesellschaftlichen Organisationen aktiv an der Leitung teilnehmen.

Vergleicht man die Vorstellungen Lenins über den Sozialismus, die er in seinen letzten Arbeiten entwickelt hat, mit denen in seiner 1917 verfassten Schrift «Staat und Revolution», in der er den Sozialismus noch als eine Gesellschaft definiert, in der alle Bürger «Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats«syndikats» werden¹⁶, dann wird der enorme Wandel deutlich, der sich im Ergebnis der Erfahrungen aus den ersten Jahren der Sowjetmacht in seinem konkreten Sozialismusbild vollzogen hat. Lenin bewahrt eine Reihe prinzipieller Thesen der Klassiker des Marxismus über den Sozialismus und verzichtet zugleich auf manches, das keine Bestätigung in der realen Praxis fand.

Dabei sollte bei den zitierten Aussagen Lenins über den Sozialismus in seinen letzten Schriften unbedingt beachtet werden, dass es hier um die speziellen Bedingungen des bäuerlichen, rückständigen Russlands und um eine sehr frühe Phase in der Entwicklung des Sozialismus geht, und nicht um den reifen, sich auf seinen eigenen Grundlagen entfaltenden Sozialismus, der auf die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation, den Kommunismus, zugeht. Dieser Hinweis fehlt leider bei Schendrik wie auch bei anderen russischen Autoren, die die letzten Aussagen Lenins unserer Überzeugung nach unzulässig verallgemeinern.

Das schöpferische Herangehen von Marx, Engels und Lenin an das Bild der neuen Gesellschaft, die ständige Überprüfung ihrer Vorstellungen anhand der praktischen Erfahrungen und des tieferen theoretischen Eindringens in die Problematik, die Ablehnung jeglichen Dogmatismus, aber auch jeglicher Spekulation, das sollte in jedem Falle auch unser heutiges Herangehen an die Schlussfolgerungen bestimmen, die aus der Niederlage des Sozialismus für unsere Vorstellungen vom künftigen Sozialismus zu ziehen sind. Genauso wenig darf dabei allerdings verloren gehen, dass bei allen Wandlungen ihres konkreten Sozialismusbildes die Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin über die Grundlagen,

über die Fundamente dieser Gesellschaft dem Wesen nach gleich geblieben sind: Der Sozialismus war für sie stets eine Gesellschaft, die sich auf die politische Macht des arbeitenden Volkes, auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln und eine planmäßige Entwicklung zum Wohle des Volkes gründet. Der Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden wird.

Legt man die hier angeführten Äußerungen der Klassiker als Meßlatte an die ehemaligen Länder des realen Sozialismus in Europa an, so hatten wir es sehr wohl mit sozialistisch verfassten Gesellschaften zu tun, allerdings mit solchen, deren Grundlagen aus vielerlei Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, deformiert waren. Die politische Macht der Bourgeoisie wurde überwunden. An ihre Stelle trat jedoch nicht die unmittelbare Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern die Machtausübung durch die kommunistische Partei im Namen der Klasse. Das kapitalistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln wurde beseitigt. Diese wurden in den Händen des Staates zentralisiert, allerdings eines Staates, der nicht unmittelbar das organisierte Proletariat verkörperte, sondern dessen Rolle wiederum weitgehend stellvertretend von der Partei wahrgenommen wurde. Es wurde nach einem gemeinschaftlichen Plan gearbeitet, die unmittelbaren Produzenten hatten jedoch noch zu wenig wirklichen Einfluss auf die Planung. Wegen dieser Deformationen sprechen Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus mit Blick auf diese Gesellschaften, wie bereits erwähnt, von Frühsozialismus, Staatssozialismus, administrativ-bürokratischem Sozialismus, realem Sozialismus – aber eben von Sozialismus.

3. Zu den Leistungen des realen Sozialismus

Trotz dieser Deformationen wurde in den Ländern des realen Sozialismus Bedeutendes zur Verwirklichung der Ziele einer sozialistischen Gesellschaft geleistet. Heinz Jung, der ehemalige Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt a.M., gehörte zu den wenigen, die sich schon sehr früh durch den Schock der Niederlage nicht den Blick für die Leistungen des zusammengebrochenen Sozialismus in Europa verstellen ließen. Anfang 1990 hat er in seinem Buch «Abschied von einer Realität»¹⁷ bei deutlicher Benennung der Fehlentwicklungen des Sozialismus in der DDR dessen historische Leistungen gewürdigt:

- Das auf die Planung der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bauende Wirtschaftswachstum.

- Die Sicherheit und Geborgenheit des Individuums im Kollektiv.
- Die Überwindung der Furcht vor den sozialen Wechselfällen des Lebens durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit.
- Die Herauslösung der Grundbedürfnisse, wie des Wohnens, aus den Kreisläufen von Kosten und Rentabilität und der Versuch ihrer Befriedigung nach den Prinzipien der Bedarfswirtschaft.
- Das (aus ökonomischen Gründen sicherlich zu hinterfragende, aber in seiner sozialen Ausrichtung zu würdigende) Subventionssystem, das Pauperisierung ausschloss und für die sozial Schwachen da war.
- Die Stellung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben mit ihren weitgehenden Rechten.
- Der Arbeitsplatz als Lebensraum. Die Einrichtungen in den Betrieben von den Polikliniken bis zu den Kinderkrippen, von den Ferienheimen bis zu den bevorzugt belieferten betrieblichen Einkaufseinrichtungen.
- Die Beseitigung des an Geld gebundenen Bildungsprivilegs. Die Förderung selbst des minimalsten Talents in Schule und Fortbildung, und dabei in besonderem Maße der Frauen.
- Die Befreiung der Kunst und Kultur von der Vorherrschaft des Kommerz.
- Die Abwesenheit von Drogendealern und die weitgehende Beseitigung der Prostitution.
- Die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in anderen Ländern; nichtdiskriminierende, gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern.

Vieles könnte ergänzt werden: die Selbstbestimmung der Frauen bei der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs durch eine vorbildliche Fristenregelung und andere Fortschritte auf dem Wege, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Frauenemanzipation zu schaffen; die Fürsorge der Gesellschaft für die Kinder und Jugendlichen, die u.a. darin zum Ausdruck kam, dass jedes Kind einen Platz im Kindergarten erhalten konnte und jeder Schulabgänger eine Lehrstelle bekam, u.a. Hinzugefügt werden muss der das ganze gesellschaftliche Leben in der DDR durchdringende Antifaschismus, obwohl sicher zutrifft, dass er mit den Jahren mehr und mehr in Formalismus erstarrte. Wenn er deshalb von den Herrschenden in der Bundesrepublik als «verordneter Antifaschismus» verleumdet wird, so kann man nur sagen: hätten wir doch im Westen wenigstens einen «verordneten Antifaschismus» gehabt anstelle der Nazi-Blutrichter in der bundesdeutschen Justiz, der Gestapoleute

in der Polizei, der Hitler-Generale in der Bundeswehr, der NS-Aktivistin Globke, Filbinger, Oberländer und Kiesinger als Staatssekretär, Ministerpräsident, Bundesminister und sogar Bundeskanzler.

Und vor allem muss hervorgehoben werden, dass es zum erstenmal in der deutschen Geschichte gelungen war, für vier Jahrzehnte die Macht des Großkapitals in einem Teil Deutschlands zu überwinden.

Die für die DDR genannten Leistungen gelten mehr oder weniger für alle Länder des realen Sozialismus. Mit Blick auf die Sowjetunion müssen zusätzlich die Fortschritte im freundschaftlichen Zusammenleben der Nationen in diesem Vielvölkerstaat genannt werden, in dem nationalistische Exzesse vor dem Sozialismus gang und gäbe waren und heute nach seiner Zerschlagung erneut das Land erschüttern; die enormen Leistungen, durch die eines der rückständigsten Länder Europas in kurzer Zeit zu einer führenden Weltmacht wurde.

Der reale Sozialismus hat jedoch nicht nur in den Ländern dieses Gesellschaftssystems selbst gewaltige Errungenschaften für die arbeitenden Menschen gebracht, er hat auch in den übrigen Teilen der Welt die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflusst. Ohne diese Systemalternative hätte die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht den Lebensstandard und die demokratischen Rechte erringen können, über die sie verfügte und die ihr nach der Niederlage des Sozialismus wieder Stück für Stück durch das Kapital entrissen werden. Ebenso hätte sich der Prozess der politischen Befreiung in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien kaum in dem Tempo vollzogen, in dem er sich durchgesetzt hat.

Zu den unbestreitbaren Leistungen des Sozialismus gehören die Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetunion und die Tatsache, dass durch seine konsequente Friedenspolitik die Welt fast ein halbes Jahrhundert lang vor einem neuen Weltkrieg bewahrt werden konnte. Die Existenz des realen Sozialismus hat dem ungehinderten Wirken der Raubtiergesetze des Imperialismus in bestimmten Bereichen und in gewissem Maße Schranken gesetzt. Was das für die arbeitenden Menschen überall in der Welt bedeutete, das wird erst heute in seinem ganzen Gewicht deutlich, da der Imperialismus nach der Niederlage seines Widerparts zur ungezügelten Alleinherrschaft zurückgekehrt ist.

Alles in allem ist trotz der Fehlentwicklungen, die es zweifellos im realen Sozialismus gegeben hat, dem Theologieprofessor und Sozialisten Hanfried Müller zuzustimmen, der in einem Vortrag zum 175. Geburtstag von Karl Marx feststellte: «Sogar der Sozialismus, der sich gegen den Imperialismus nicht zu behaupten vermochte und selbst unter

Antiimperialisten an Akzeptanz verlor, war immer noch dem Imperialismus um eine ganze Epoche voraus und ihm sozial überlegen.»¹⁸ Die Errungenschaften des realen Sozialismus bleiben ein unverzichtbarer Erfahrungsschatz für die revolutionäre Arbeiterbewegung und zukünftige sozialistische Umwälzungen.

II. Zu den Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus in Europa

Das Gesellschaftssystem des realen Sozialismus hat – zumindest in Europa – trotz wahrhaft historischer Leistungen eine Niederlage erlitten. Dabei haben äußere wie innere Faktoren eine Rolle gespielt: die Wühl­tätigkeit des Imperialismus, das Wirken konterrevolutionärer Kräfte im Innern sowie Defizite und Fehlentwicklungen im realen Sozialismus selbst.

Solange es den Imperialismus gibt, solange wird er jeden Versuch, aus seinem System auszubrechen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Er wird sich dabei immer auch auf das Wirken konterrevolutionärer Kräfte im Innern der Länder stützen können, die den Weg zum Sozialismus beschreiten. Das gehört zu den Selbstverständlichkeiten des Klassenkampfes. Das zu verhindern, liegt nicht in der Macht sozialistischer Länder. Doch hängt von ihnen ab, solche Fehlentwicklungen möglichst zu vermeiden, die dem Imperialismus und der inneren Konterrevolution einen günstigen Boden für ihre Wühl­tätigkeit verschaffen. Mit Blick auf künftige sozialistische Umwälzungen halte ich darum bei der Analyse der Ursachen, die die Niederlage des realen Sozialismus in Europa bewirkt haben, die Aufarbeitung der Defizite und Fehlentwicklungen im realen Sozialismus selbst für das Wichtigste. Wo gesellschaftliches Neuland betreten wird, wird es auch in Zukunft Fehlentwicklungen geben, die korrigiert werden müssen. Es sollten jedoch nicht die gleichen sein, die es während der siebzيجjährigen Geschichte des realen Sozialismus in Europa schon einmal gegeben hat.

Als Sozialisten und Kommunisten müssen wir gerade heute alles tun, um die Leistungen des realen Sozialismus ins Bewusstsein der arbeitenden Menschen zu bringen. Zugleich dürfen wir die Fehlentwicklungen nicht unter den Teppich kehren. Von Warnungen vor einer «Fehlerdiskussion» halte ich darum nichts. Eine leninistische Position vermag ich in der Devise «Schwamm über unsere Fehler von gestern» jedenfalls nicht zu erkennen. Betont Lenin doch in seiner Schrift «Der «linke Radikalismus», die Kinderkrankheit im Kommunismus» nachdrücklich: «Das Ver-

halten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten...»¹⁹

Ein solches Herangehen an unsere Fehler kann nicht nur bei vergleichsweise kleinen Fehlern, wie einer falschen Haltung zum parlamentarischen Kampf, gelten, auf die diese Aussage Lenins konkret bezogen ist. Es muss meiner Überzeugung nach für Kommunisten erst recht gelten, wenn es um Defizite und Fehlentwicklungen geht, die die Niederlage des realen Sozialismus, der größten Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung, mitbewirkt haben.

Zu den Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus in Europa habe ich mich in zahlreichen Publikationen geäußert. Wie andere marxistische Autoren sehe ich einen ganzen Komplex ökonomischer und politischer, objektiver und subjektiver, praktischer und theoretischer, geschichtlicher und aktueller Ursachen. Hier sollen nur die aus meiner Sicht bedeutendsten benannt werden.

Dabei werden wir uns im wesentlichen auf die Sowjetunion beziehen. Sie war das erste und mit weitem Abstand stärkste sozialistische Land. Viele ihrer Strukturen wurden auf die anderen sozialistischen Länder übertragen und können daher im Original am besten analysiert werden. Zum anderen hing von der sowjetischen Entwicklung weitgehend das Schicksal des realen Sozialismus in Europa insgesamt ab. So hätte z.B. die DDR, selbst wenn sie ein ideales sozialistisches Land ohne jeden Fehl und Tadel gewesen wäre, angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse nicht überleben können, nachdem sie von der Gorbatschow-Führung in der Sowjetunion im buchstäblichen Sinne verkauft worden war.

1. Mangelnde ökonomische Leistungsfähigkeit

Die Hauptursache für das Scheitern des realen Sozialismus in Europa liegt meiner Überzeugung nach in seiner mangelnden ökonomischen Leistungsfähigkeit in der Systemauseinandersetzung mit den entwickelten kapitalistischen Ländern. Neben geschichtlichen Bedingungen hängt diese wesentlich mit einer Überzentralisierung und Bürokratisierung der Wirtschaft zusammen, die unbeweglich war und nur schleppend auf neue Anforderungen der Produktivkraftentwicklung reagierte. Das Übel lag

dabei nicht in der Planwirtschaft schlechthin, wie bürgerliche Sozialismuskritiker behaupten. Entscheidend war vielmehr die mangelnde basisdemokratische Teilnahme und Kontrolle der Festlegungen der im Plan vorgesehenen Mittel und Ziele, das zu geringe Maß ökonomischer Entscheidungs- und Handlungsfreiheit der arbeitsteilig tätigen Wirtschaftskollektive im Rahmen der sozialistischen Planung. Damit verbunden war die Entfremdung des sozialistischen Eigentums für die arbeitenden Menschen. Betriebe, für die alles von oben vorgegeben wurde, in denen die Arbeiter und Angestellten zu wenig Gestaltungsmöglichkeiten hatten, in denen Initiative sich kaum für das Betriebskollektiv und den Einzelnen auszahlte, wurden von den arbeitenden Menschen nicht als ihr Eigentum angesehen, das es zu erhalten und zu mehren galt; sozialistisches Eigentümerbewusstsein konnte sich nicht entwickeln.

Wobei anzumerken ist, dass dieses sozialistische Eigentümerbewusstsein sowohl in Sowjetrußland bzw. der Sowjetunion wie auch in den anderen sozialistischen Ländern in den Anfangsjahren des sozialistischen Aufbaus sehr wohl in der Arbeiterklasse weit verbreitet war. Ohne dies wären die Niederschlagung der konterrevolutionären Angriffe und die stürmischen Fortschritte des wirtschaftlichen Aufbaus in dieser Zeit kaum möglich gewesen. Allerdings wurde dieses Bewusstsein von der Begeisterung des revolutionären Umbruchs getragen, die – wie die Erfahrung zeigt – nur schwer aufrechterhalten und auf die kommenden Generationen übertragen werden kann, wenn sie nicht von ökonomischen und sozialen Strukturen einer immer stärkeren Teilnahme an der Wirtschaftslenkung und direkten Machtausübung untermauert wird.

Die Unbeweglichkeit der Wirtschaft, aber auch nationale Engstirnigkeiten hatten zur Folge, dass die sozialistischen Staaten nicht in der Lage waren, auch nur annähernd jenes Maß an ökonomischer Integration zu erlangen, dass ihre Systemkonkurrenten in der EG, bzw. EU bei allen Widersprüchen erreichen konnten. Mehr noch: «Während die kapitalistischen Staaten Westeuropas wirtschaftlich immer näher aneinanderrückten ..., fand innerhalb des RGW anstelle von Integration – so viel darüber geredet und geschrieben wurde – in Wirklichkeit eine je länger desto rascher vor sich gehende Desintegration statt.»²⁰

In der Überzentralisierung der Wirtschaft ist wohl auch eine ganz wesentliche Ursache für das Zurückbleiben bei der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution zu suchen. Dies stellt für mich den Hauptgrund für das Fiasko der sozialistischen Wirtschaft dar. Gab es doch zumindest bis Ende der sechziger Jahre eine sehr erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Da die wissenschaftlich-technische Revolution

auf der anderen Seite zur Grundlage einer Revitalisierung des entwickelten Kapitalismus wurde, mussten sich die Positionen des realen Sozialismus in der Systemauseinandersetzung dramatisch verschlechtern.

Zu diesen, sich aus Unzulänglichkeiten der Wirtschaft ergebenden Problemen kommen jene Schwierigkeiten hinzu, die mit der ökonomischen Überforderung des realen Sozialismus durch das ihm vom Imperialismus aufgezwungene Wettrüsten verbunden waren. Nicht vergessen werden darf auch, dass der Sozialismus selbstverständlich nicht über jene Quellen der Akkumulation und der Erhöhung des Lebensstandards verfügen konnte, die sich die imperialistischen Hauptländer durch die rigorose Ausbeutung der Völker der Entwicklungsländer erschließen. Ganz im Gegenteil, die solidarische Unterstützung für den Befreiungskampf dieser Völker wurde ebenfalls mehr und mehr zu einem Faktor, der die Wirtschaft überforderte.

All das führte dazu, dass die sozialistischen Länder in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des materiellen Lebensstandards weit hinter den kapitalistischen Hauptländern zurückblieben. Der historisch ererbte Rückstand auf diesen Gebieten konnte trotz zeitweiliger Erfolge nicht überwunden werden. Mit der einsetzenden wissenschaftlich-technischen Revolution vertiefte er sich vielmehr wieder.

Auf dem Hintergrund der sich gleichzeitig entwickelnden Entspannungspolitik, der damit verbundenen vermehrten Kontakte zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten und ihrer Bürger führte dies dazu, dass die Bedürfnisse der Menschen in den sozialistischen Ländern immer mehr vom erreichten Standard der entwickelten kapitalistischen Länder und immer weniger von den weit dahinter zurückbleibenden eigenen ökonomischen Möglichkeiten geprägt wurden. Das musste sozialen Zündstoff anhäufen und destabilisieren, zumal diese Lage natürlich vom Imperialismus für seine antisozialistischen Ziele genutzt wurde. Es ist darum Heinz Jung zuzustimmen, der in seinem Buch «Abschied von einer Realität» hervorhebt: «Die Grundursachen des Zusammenbruchs des Sozialismus liegen in der Ökonomie. Es ist die Unfähigkeit, die Arbeitsproduktivität des entwickelten Kapitalismus zu erreichen und per nachholender Produktivkraftrevolution – die wir mit der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution erwartet hatten – die Spitze zu übernehmen und die Bedürfnisse autonom prägen zu können.»²¹

Die ökonomischen Ursachen für die Niederlage des realen Sozialismus bestätigen so nachdrücklich die Leninsche These, dass der endgültige Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung letztlich nur dadurch zu gewährleisten ist, dass sie eine höhere Arbeitsproduktivität als die vor-

angegangene erreicht. Wobei ich aus heutiger Sicht meine, dass es in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht schlechthin um eine höhere Arbeitsproduktivität und einen höheren Lebensstandard im Sinne der vom Kapitalismus geprägten Inhalte dieser Begriffe gehen kann. Die Arbeitsproduktivität muss daran gemessen werden, in welchem Maße mit einem bestimmten Arbeitsaufwand zur Befriedigung der Bedürfnisse einer qualitativ neuen, sozialistischen Lebensweise beigetragen wird. In diesem Sinne muss der gesamtgesellschaftliche Nutzen bzw. Schaden, der mit den jeweiligen Produktionsverfahren und Produkten verbunden ist, in die Berechnung einbezogen werden. Es macht eben einen beträchtlichen Unterschied aus, ob die Verfahren oder Produkte Umwelt und Gesundheit belasten oder schonen bzw. wiederherstellen, ob sie die Entfaltung schöpferischer Persönlichkeiten behindern oder fördern, antihuman sind oder dem Humanismus dienen.

2. Deformationen des politischen Systems

Die ungenügende ökonomische Leistungsfähigkeit des realen Sozialismus hängt untrennbar mit den Deformationen und der dadurch bedingten mangelnden Effektivität seines politischen Systems zusammen. Die aus breiten Massenbewegungen geborene Sowjetdemokratie, die zu Recht als etwas Neues, als höhere Demokratie empfunden wurde, wurde mehr und mehr ausgehöhlt. An die Stelle des direkten politischen Wirkens der Massen trat mehr und mehr das Wirken der Partei im Namen der Massen. Die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen wurde weitgehend auf die Macht der führenden kommunistischen Partei, die Führung dieser Partei und letztlich auf den jeweiligen Generalsekretär reduziert. Das tatsächliche oder faktische Einparteiensystem mit der Verschmelzung von Staat und Partei begünstigte die politische Unbeweglichkeit, die Unfähigkeit, rechtzeitig politische Prozesse, Massenstimmungen zu erfassen und auf sie zu reagieren, verleitete zu Arroganz der Macht. Massenorganisationen, einschließlich der Gewerkschaften, wurden zu bloßen «Transmissionsriemen» der Partei degradiert. All das musste zur Entfremdung zwischen der kommunistischen Partei und der Arbeiterklasse sowie den übrigen Werktätigen führen.

Mit der falsch verstandenen Führungsrolle der kommunistischen Partei hängt die Gängelung der Menschen zusammen, die für sie um so unerträglicher werden musste, je höher das Bildungsniveau im Ergeb-

nis der sozialistischen Kulturrevolution wurde. Die Parteiführungen wähten sich im alleinigen Besitz der Wahrheit, die durch eine «Erziehungsdiktatur» den Massen vermittelt werden sollte. Diese begann im Kindergarten und endete im schöngefärbten, wirklichkeitsfremden Programm bzw. Text der Massenmedien. Die schlimmsten Auswüchse dieser «Erziehungsdiktatur» gab es dort, wo auf Befehl der Parteiführung mit den Mitteln der Justiz und des Terrors deren Meinung durchgesetzt wurde. Als die besten Sozialisten wurden diejenigen angesehen, die den Standpunkt der jeweiligen Führung am besten nachplappern konnten. Heraus kam dabei nicht der mündige, kritische, bewusst für den Sozialismus und die Überwindung seiner Schwächen wirkende Bürger, sondern der angepasste Bürger. Das macht das Holz aus, aus dem die Wendehälse geschnitzt sind, die wir nach dem Sieg der Konterrevolution erleben.

Als eine der wesentlichen politischen Ursachen für das Scheitern des realen Sozialismus sieht Harald Neubert «die Verfasstheit des Wechselverhältnisses von Staat und Gesellschaft, von ziviler und politischer Gesellschaft», die «unzureichende politische Kultur als der Existenzweise der zivilen Gesellschaft und dem Vermittlungsglied zwischen ziviler und politischer Gesellschaft».²² Er unterstreicht zu Recht, dass sich die Stabilität der Macht in einer sozialistischen Gesellschaft «auf eine in der zivilen sozialistischen Gesellschaft begründete Hegemonie stützen» muss, «wenn sie sich nicht selbst letztlich ihrer Grundlage berauben will».²³

Die Aufgabe, Hegemonie in der zivilen Gesellschaft zu erringen und zu bewahren, wurde in den Ländern des realen Sozialismus jedoch zugunsten der alleinigen Orientierung auf die staatlichen bzw. quasi-staatlichen Organe als Instrumente der Machterhaltung vernachlässigt bzw. als Herstellung von Kommandostrukturen von der politischen zur zivilen Gesellschaft missverstanden. Dadurch – so betont Harald Neubert – blieb die «zivile Gesellschaft ein unterentwickeltes Anhängsel des Staates» und die Gesellschaft in ihrer Totalität nichts anderes als eine verstaatlichte Gesellschaft».²⁴

Die angeführten ökonomischen und politischen Probleme sind meiner Überzeugung nach keineswegs wesenseigene, unvermeidliche Züge des Sozialismus, wie dies bürgerliche Sozialismuskritiker behaupten. Sie hängen vielmehr mit geschichtlichen Bedingungen, aber auch mit subjektiven Faktoren zusammen. In erster Linie sind sie jedoch das Ergebnis struktureller Deformationen eines bestimmten Sozialismustyps, der heute von manchen Kritikern in der Linken als administrativ-zentralistischer Sozialismus oder Staatssozialismus bezeichnet wird.

3. Schwierige geschichtliche Ausgangsbedingungen

Eine große Rolle spielen aus meiner Sicht die außerordentlich schwierigen Ausgangsbedingungen für den Aufbau des Sozialismus. Die Revolution siegte nicht in den am höchsten entwickelten Ländern wie Marx und Engels erwartet hatten, sondern in Russland, einem Land mit bestenfalls mittlerem Entwicklungsniveau, in dem es zwar eine kleine Großindustrie gab, das aber durch eine primitive Landwirtschaft und zum Teil noch halbfeudale Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft geprägt war. Da jede neue Gesellschaft mit den Muttermalen der Gesellschaft behaftet ist, aus der sie hervorgeht, musste sich der Sozialismus in Russland mit solchen Muttermalen wie ökonomischer Rückständigkeit, aber auch Bürokratismus, Obrigkeitsdenken und anderen herumschlagen. Unter diesen Bedingungen konnte das Ergebnis nur ein schwach entwickelter, in mancher Hinsicht deformierter Sozialismus sein.

Lenin und die Bolschewiki waren sich dieser Probleme sehr wohl bewusst. Sie setzten deshalb große Hoffnungen auf den Sieg der Revolution in den entwickelten Ländern, die einen modernen Sozialismus aufbauen und Russland in seinen Sog ziehen konnten. Nachdem dieser Sieg ausblieb und sich für Kommunisten die Alternative einer Rückgabe Sowjetrusslands in die Hände der Gutsbesitzer und Kapitalisten nicht stellen konnte, blieb keine andere Möglichkeit, als den Versuch zu unternehmen, durch die Zentralisierung aller Kräfte in kürzester Zeit eine moderne industrielle Basis für den Sozialismus zu schaffen und eine kulturelle Revolution in Angriff zu nehmen.

Diese Aufgabe und ihre rasche Lösung waren um so dringlicher, als sich der Aufbau des Sozialismus in feindlicher Umkreisung, unter Bedingungen des härtesten internationalen Klassenkampfes vollziehen musste. Viele Züge, die heute als Kommandowirtschaft, als autoritärer, administrativer Sozialismus bezeichnet werden, waren darum aus meiner Sicht zunächst unvermeidlich. Eine andere Frage ist, dass bei geänderten Verhältnissen nicht rechtzeitig und nicht radikal genug notwendige Veränderungen in Angriff genommen wurden und der administrative Sozialismus als Modell auf die anderen Länder, darunter auch die DDR und die CSSR als entwickelte Industrieländer, weitgehend übertragen wurde.

Die geschichtlichen Ausgangsbedingungen und die Härte des internationalen Klassenkampfes machten sowohl nach der Oktoberrevolution wie zu späteren Zeiten auch bestimmte, unter anderen Bedingungen

vermeidbare Strukturen des politischen Systems und gewisse Beschränkungen der sozialistischen Demokratie unvermeidbar.

Es sei hier nur am Rande vermerkt, dass dies alles dem Wesen der Sache nach selbstverständlich auch für die DDR gilt, in der der revolutionäre Umbruch auf den materiellen und geistigen Trümmern der Nazi-Diktatur und in erbitterter Konfrontation mit dem imperialistischen anderen deutschen Staat vollzogen werden musste, der wegen seiner besseren Startbedingungen von Anfang an der ökonomisch Stärkere war.

Mit den geschichtlichen Ausgangsbedingungen zusammenhängende negative Auswirkungen betreffen auch die Art und Weise der führenden Rolle der kommunistischen Partei. Meiner Überzeugung nach ist Hans Heinz Holz zuzustimmen, der in seinem Buch «Niederlage und Zukunft des Sozialismus» betont, dass der Aufbau des Sozialismus unter den außerordentlich schwierigen Bedingungen des rückständigen Russlands nur vollzogen werden konnte, «wenn die Partei, als «Avantgarde der Arbeiterklasse», die administrativen Aufgaben übernahm, die unter Bedingungen einer «organischen» Herausbildung des Formationswechsels von den die Mehrheit des Volkes durchdringenden Massen der Arbeiterklasse hätte geleistet werden müssen. Die Entstehung eines bürokratischen Parteiapparates war damit angelegt nicht als «Deformation», sondern als Formbestimmtheit, die die Organisation sozialistischer Produktionsverhältnisse unter Bedingungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Unreife annehmen musste. Die Diktatur des Proletariats konnte über lange Zeit nur die Diktatur der Partei sein»²⁵. Auch hier besteht das Problem in der Beibehaltung und Pervertierung zunächst unvermeidlicher Strukturen unter veränderten Bedingungen und ihrer Übertragung auf andere Länder mit anderen Bedingungen.

Das gleiche betrifft die Strukturen der Partei selbst. «Wenn von zur verbindlichen Norm erhobenen Besonderheiten die Rede ist, muss man auch das Konzept und die Rolle der führenden kommunistischen Partei erwähnen», schreibt Harald Neubert. Und er fährt fort: «Konzept und Rolle der Partei ergaben sich folgerichtig aus der – ebenfalls unter spezifischen Bedingungen des vorrevolutionären Russlands formulierten – Leninschen Macht-, Staats- und Revolutionstheorie, in der die Kategorie einer zivilen Gesellschaft keinen Platz hatte. Lenin hatte die bolschewistische Partei als elitäre, illegale Kaderpartei vordergründig zu dem Zweck geschaffen, die Eroberung der Macht in Russland vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Zweck bestimmte ihre Organisationsstruktur und Funktionsweise. Das änderte sich auch dann nicht wesentlich, als die Partei in nachrevolutionärer Zeit zu einer legalen, regieren-

den Massenpartei wurde. Mit der von der Kommunistischen Internationale betriebenen Bolschewisierung der jungen kommunistischen Parteien des Westens erhielt dieses Parteikonzept eine internationale Verbreitung.»²⁶

Diese Einschätzung Harald Neuberts wird von mir geteilt, wenn dabei berücksichtigt wird, dass die Leninsche Parteikonzeption nicht nur Besonderheiten des vorrevolutionären Russlands beinhaltete, sondern ihr Wesen darin bestand, im Unterschied zur reformistischen sozialdemokratischen Partei alten Typs die revolutionäre, auf den Bruch mit dem Kapitalismus orientierte «Partei neuen Typs» zu formieren, für die es sehr wohl auch allgemeingültige Charakteristika gibt.²⁷

Die unter Stalin erfolgten Pervertierungen der Partei und ihre Übertragung auf die internationale kommunistische Bewegung gehören jedenfalls nicht zum Wesen der Leninschen Parteikonzeption. Damit meine ich vor allem die weitgehende Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie und die Missachtung der Grundsätze kollektiver Führung, die Herausbildung von Bedingungen des Kadavergehorsams gegenüber der Führung, Kommandostrukturen, die die Initiative von unten und den konstruktiven Meinungsstreit unterdrückten, eine Kaderpolitik, bei der diejenigen «Karriere» machen konnten, die bereit waren, auf eigenes Denken zu verzichten und der Führung nach dem Munde zu reden, mitdenkende und für ihren Standpunkt eintretende Kommunistinnen und Kommunisten jedoch ausgegrenzt, aus der Partei ausgeschlossen, verfolgt oder gar ermordet wurden. In der Herausbildung solcher geradezu feudaler Strukturen sehe ich einen ganz wesentlichen Grund für die Kampfunfähigkeit der regierenden kommunistischen Parteien, für ihre kampflohe Kapitulation vor der Konterrevolution.

4. Versäumnisse der theoretischen Arbeit

Die dargestellten ökonomischen und politischen Fehlentwicklungen hängen nicht zuletzt mit der Unterentwicklung der theoretischen Arbeit zusammen. Dem Marxismus-Leninismus wurde als partei- und staats-offizieller Doktrin mehr und mehr das revolutionäre, schöpferische Wesen dieser Wissenschaft genommen. Er wurde weitgehend auf vereinfachte Schemata reduziert und dogmatisiert. Mehr noch, er verkam manchmal sogar zur Legitimationswissenschaft für die jeweilige Parteiführung. Das hatte zur Folge, dass die Gesellschaften des realen Sozialismus im Grunde genommen als widerspruchsfreie Gesellschaften behandelt und darum ihre Entwicklungserfordernisse nur völlig unge-

nügend theoretisch durchdrungen wurden. Auch die Kapitalismusforschung war mangelhaft. Dadurch wurden die ihm innewohnenden Fähigkeiten zur raschen Anpassung an neue Erfordernisse unterschätzt. Auch das trug dazu bei, dass die wissenschaftlich-technische Revolution «verschlafen» und der Anschluss verpasst wurde.

Wenn von theoretischen Versäumnissen und Fehlern die Rede ist, muss auch die ungenügende Behandlung, ja das falsche Herangehen an die Demokratiefrage genannt werden. Mit Recht wurde auf die Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie, auf ihre durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse gesetzten Schranken verwiesen. Zugleich stellt die bürgerliche Demokratie jedoch einen gewaltigen zivilisatorischen Fortschritt gegenüber vorangegangenen Herrschaftsformen und natürlich auch im Vergleich zur faschistischen Diktatur dar. Darum kann es nicht darum gehen, sie im Sozialismus einfach über Bord zu werfen. Vielmehr geht es um die dialektische Aufhebung ihrer Errungenschaften in einer höheren Form der Demokratie. Diese hat ihre materielle Grundlage in den sozialistischen Eigentumsverhältnissen, die es ermöglichen, aus formal gleichen Rechten wirklich gleiche Rechte zu machen. Die Formen und Instrumente, die die bürgerliche Demokratie hervorgebracht hat, alternative Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung, dürfen nicht über Bord geworfen, sondern können und müssen auf der neuen materiellen Grundlage erhalten und bereichert werden, so zum Beispiel dadurch, dass die politischen durch die sozialen Menschenrechte ergänzt und abgesichert werden.

Die Notwendigkeit einer solchen Herangehensweise hat Rosa Luxemburg in ihrem Manuskript «Zur russischen Revolution» nachdrücklich unterstrichen.²⁸ Leider wurden ihre angesichts der heutigen Erfahrungen geradezu prophetischen Hinweise von der kommunistischen Bewegung nicht beachtet oder sogar als «Luxemburgismus» des Abgehens vom Marxismus bezichtigt.

Zu den genannten Gründen für das Scheitern des realen Sozialismus kommen schließlich noch subjektive hinzu, Überalterung und Realitätsferne der Führungen, Arroganz der Macht, z.T. Korruption u.a.

5. War das Scheitern unvermeidlich?

Es stellt sich die Frage, war angesichts der erwähnten Ausgangsbedingungen das Scheitern des ersten großen Anlaufs zum Sozialismus unvermeidlich? Hätte man die sozialistische Revolution in Russland wegen der Unreife der ökonomischen Verhältnisse nicht wagen dürfen? Hatten

Kautsky und seine Anhänger, die einen solchen Standpunkt vertraten, doch recht?

Ich teile diese Meinung nicht und schließe mich der Argumentation an, die Hans Heinz Holz dazu entwickelt. Ganz abgesehen davon, dass die russische Revolution zur Initialzündung für die Revolution in entwickelten Ländern hätte werden können, wenn die reformistische Sozialdemokratie nicht eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hätte (womit sich die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus grundlegend verändert hätten), wendet sich Holz gegen einen solchen deterministischen Fatalismus, dem nur huldigen kann, «wer die Rolle der Reflexion (und das heißt, des zweckvoll in die Geschichte eingreifenden Subjekts) außer acht lässt. Die theoretische Durchdringung der in der Unreife der Bedingungen gründenden Anfangswidersprüche des ersten sozialistischen Gesellschaftssystems und in der Folge der Widersprüche, die in der Koexistenz zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme liegen, hätte zum Entwurf von anderen Strategien führen können als jenen, die jetzt die Auflösung des Sozialismus nach sich zogen.»²⁹

Diese Aufgabe wurde nicht geleistet. Falsche Weichenstellungen sieht Holz im Kurs der KPdSU seit dem XX. Parteitag (1956), der auf die Erfüllung von Konsumerwartungen gerichtet war, die gewiss in der Bevölkerung bestanden, aber auch durch abenteuerliche Versprechungen und illusionäre Planziele geschürt wurden. «Noch schlimmer», schreibt Holz, «wirkte sich aber die damit vollzogene Umorientierung der Bedürfnisseinstellung auf den Typus westlichen Konsumangebots aus... Die Konkurrenz zwischen den Gesellschaftssystemen wurde nicht mehr als Konkurrenz um Lebensziele, sondern um Konsumstandards geführt. Wenn aber überhaupt der Kampf mit einer Welt überlegener Zivilisationsangebote hätte gewonnen werden sollen – und man kann fragen, ob das eine echte Chance war –, dann jedenfalls nicht auf deren eigenem Boden der Konsumgüterproduktion, sondern auf dem Boden einer alternativen, die Entfaltung des ganzen Menschen und seiner Kultur akzentuierenden Wertorientierung.»³⁰

Holz vertritt den Standpunkt, der XX. Parteitag der KPdSU habe mit dem Verzicht auf die rücksichtslose Durchsetzung des Primats der Produktivkraftentwicklung, mit der Konsumorientierung und dem damit einhergehenden Wertewandel die Niederlage in der Systemauseinandersetzung vorprogrammiert und zugleich – obschon terroristische Herrschaftsmethoden abgebaut wurden – auch bei der Demokratisierung versagt und damit die Erneuerungskraft des Volkes und seine Leistungsfähigkeit gelähmt, sodass die bürokratische Stagnation die Folge war.³¹

Ähnlich äußert sich Charles Pauli. Er schreibt: «Die gesellschaftlichen Ziele der sozialistischen Parteien verkamen spätestens seit dem zweiten Weltkrieg immer mehr zu einem bloßen Einholen der kapitalistischen Länder. Es ging nicht mehr darum, eine andere, emanzipierte, von Herrschaft freie, politisch und kulturell aufgeklärte Gesellschaft zu errichten, sondern um das Erreichen kapitalistischer Standards mit den Methoden der zentralen Wirtschaftslenkung. In all den berühmten Prognosen, Zielsetzungen und Programmen aus den sechziger Jahren steht der Wettlauf der Systeme mit dem Hauptkonkurrenten USA im Mittelpunkt, aber nie die Schaffung einer qualitativ anderen Gesellschaft.»³²

Mit dem Wettlauf um die höchsten Konsumstandards begab sich der Sozialismus auf ein Feld, auf dem er den entwickelten kapitalistischen Ländern wegen seiner Ausgangsbedingungen und anderer Gründe unterlegen war und bleiben musste. Dabei ist allerdings die Frage offen, ob es angesichts der vermehrten Kontakte über die Systemgrenzen hinweg im Zuge der Entspannungspolitik überhaupt eine realistische Chance gegeben hätte, diesem Wettlauf auszuweichen.

Zu denen, die den Standpunkt vertreten, die Oktoberrevolution in Russland und der davon ausgehende Versuch, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, gehört auch der polnische Philosoph Adam Schaff. Im *Neuen Deutschland* vom 16. Januar 1997 schreibt er: «Schon 1917 hatte der Todesengel seinen Kuss auf die Stirn der Revolution gelegt».³³ Sie sei «antimarxistisch» gewesen, denn gerade in Russland habe u.a. das gefehlt, was Marx in der «Deutschen Ideologie» als Vorbedingung für eine linke Transformation angesehen habe, nämlich ein hoher ökonomischer Entwicklungsgrad.

Der Historiker Ernst Engelberg hält Schaff in der Zeitschrift *Z*³⁴ zu Recht entgegen, dass es bedenklich sei, sich gerade in Fragen der Revolution nur auf ein einziges Werk von Marx und Engels zu beziehen, und dabei noch auf ein so früh verfasstes. Er verweist darauf, dass Marx in seiner Schrift «Die Klassenkämpfe in Frankreich», in der er die Erfahrungen der Revolutionen 1848/49 verarbeitete, zu einer anderen Position gelangte. Indem er Europa bei allen Unterschieden in den einzelnen Ländern als eine ökonomische, auf England ausgerichtete Einheit ansah, formulierte er eine grundsätzliche These, die wörtlich besagte: «In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muss es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Angleichung größer ist als dort.»³⁵ Diese Marxsche These widerlegt die weit verbreitete Auffassung, er sei stets die Ansicht gewe-

sen, die Revolution müsse notwendigerweise zuerst in den ökonomisch fortgeschrittensten Ländern ausbrechen.

Grundsätzlich gleiche Auffassungen finden sich auch im Schlussteil der Engelsschen Bauernkriegsschrift. Aus diesen Positionen leiteten Marx und Engels auch strategische Schlussfolgerungen ab. So verwiesen sie am Ende des «Kommunistischen Manifests» auf den Beginn einer neuen Revolution. Aber sie zeigten nicht auf England, das nach dem Stand der kapitalistischen Entwicklung weit voraus war, sondern auf Deutschland, das weniger entwickelt war, also eher zu den «Extremitäten des bürgerlichen Körpers» gehörte, in dem sich jedoch besonders scharfe Widersprüche zusammengeballt hatten. Später, 1882, in der «Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des «Manifests», die von Marx und Engels gemeinsam verfasst wurde, ist dann von der Möglichkeit die Rede, dass die «russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen»³⁶ sein kann.

1917 war Russland ein im Verhältnis zu den imperialistischen Metropolen Deutschland, England, Frankreich und Amerika äußerst unterentwickeltes Land. Aber es gehörte zu den «Extremitäten» des imperialistischen Körpers. Russland war ein rückständiges, von Großgrundbesitzern dominiertes Bauernland. Aber zugleich gab es eine zwar kleine, jedoch hochkonzentrierte Industrie. 1917 wurden etwa 3,5 Millionen Industriearbeiter gezählt, die sich in Großbetrieben in den entscheidenden politischen Zentren des Landes konzentrierten. So waren in Petrograd und Umgebung über zwei Drittel der Industriearbeiter in Großbetrieben mit mehr als 1000 Arbeitern tätig. Zu den Industriearbeitern kamen in Russland 800 000 Eisenbahnarbeiter, 2,8 Millionen Arbeiter kleinerer Betriebe und Werkstätten sowie 2,5 Millionen Landarbeiter. Wobei in diesem Bauernland ein für die lebenswichtige Bündnispolitik der Arbeiterklasse außerordentlich wichtiger Faktor darin bestand, dass große Teile der Arbeiterklasse noch mit vielen Fäden direkt mit dem Dorf und der Bauernschaft verbunden waren.

Hinzu kommt, dass diese russische Arbeiterklasse am Vorabend des Oktober im Abstand von nur gut einem Jahrzehnt durch die Schule zweier bürgerlich-demokratischer Revolutionen gegangen war und von einer kampfbereiten marxistischen Partei, der Partei der Bolschewiki, geführt wurde, die etwa 350 000 Mitglieder zählte, davon etwa 70 000 in Moskau und dem zentralen Industriegebiet und 60 000 in Stadt und Gouvernement Petrograd. Nach der Revolution wurde die Partei dann bald zu einer Massenpartei der Arbeiterklasse. Alles in allem gab es so doch einen beachtlichen subjektiven Faktor für eine proletarische Revolution.

Wenn es in Russland zur proletarischen Revolution kam, so vor allem darum, weil sich hier die verschiedenen Widersprüche zu einem Knäuel zusammengeballt hatten, das nur mit dem Schwert einer solchen Revolution zerschlagen werden konnte. Auf dem Lande herrschten noch halbfeudale Verhältnisse. Die Übernahme des Bodens der Gutsbesitzer durch die landlosen und landarmen Bauern war für diese zu einer Frage der nackten Existenz geworden. In den Industriebetrieben herrschte brutalste kapitalistische Ausbeutung, nahm der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit schärfste Formen an. Für die nichtrussischen Nationalitäten war Russland ein Völkergefängnis. Der imperialistische Krieg hatte das Land erschöpft, es herrschte Hunger und Not. Boden, Brot und Frieden, das waren die dringendsten Bedürfnisse der Menschen. Und die Erfahrungen mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung, die nach der Februarrevolution ans Ruder gekommen war, lehrten sie, dass diese Bedürfnisse von dieser Regierung nicht zu befriedigen waren. Die Befriedigung der nächsten Interessen machte die Weiterführung der Revolution zur sozialistischen Revolution unumgänglich.

Der Standpunkt, dieser Weg sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, lässt sich wohl nur dann vertreten, wenn man – darauf wurde schon mit Holz hingewiesen – die Geschichte als einen sich fatalistisch vollziehenden Prozess versteht. Geschichte wird aber bei aller letztendlichen Bestimmtheit durch materielle Faktoren von Menschen gemacht und es gibt für sie immer alternative Handlungsmöglichkeiten, zu denen gehört, dass sie durch ihr Wirken die materiellen Faktoren verändern. So hätten meiner Überzeugung nach die aus den russischen Bedingungen erwachsenen, zunächst weitgehend unvermeidlichen, Deformationen des Sozialismus im späteren Verlauf korrigiert werden können, dies insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg, als der Sozialismus zu einem Weltsystem wurde, dem neben ökonomisch rückständigen Ländern auch hochentwickelte Länder wie die CSSR und die DDR angehörten. Gegen die These, der Oktober sei von vornherein zum Fiasco verurteilt gewesen, spricht auch die Tatsache, dass der Sozialismus nicht zusammenbrach, als er ökonomisch schwach war, sondern nachdem die Sowjetunion zur zweitstärksten Industriemacht aufgestiegen war.

6. Die verhängnisvolle Rolle Gorbatschows

Nun haben sich die Deformationen und Widersprüche ja in Jahrzehnten angehäuft. Woraus erklärt es sich, dass es gerade Ende der 80er Jahre zu einem geradezu kartenhausmäßigen Zusammenbruch des realen

Sozialismus in Europa gekommen ist? Die Antwort darauf sehe ich in den verheerenden Wirkungen der mit dem Namen Gorbatschow verbundenen Politik.

Die 1985 eingeleitete Perestroika hat dabei nach Ansicht des amerikanischen Marxisten Viktor Perlo unterschiedliche Phasen durchlaufen. In einem im August 1991 in der Zeitschrift *Political Affairs* veröffentlichten Aufsatz teilt er sie in zwei Abschnitte ein: «Bis etwa Ende 1988 war sie ein Programm, um das sozialistische System zu modernisieren und zu demokratisieren. Ein wichtiges Moment war die Erhöhung des direkten Einflusses der Arbeiter in der Wirtschaftspolitik und beim Management. Seit 1989 wurde die Perestroika ein Programm, das drohte, den Sozialismus zu zerstören und den Kapitalismus wieder durchzusetzen. Viele Kommunisten und fortschrittlich denkende Menschen, in der Sowjetunion wie international, erkannten diesen Trend nicht, weil die Wende zu einer kapitalistischen Orientierung mit verbalen Bekenntnissen zu ‚Sozialismus‘ und zu einer undefinierten ‚Demokratie‘ maskiert war.»³⁷ Dabei wurde allerdings schon damals zunehmend deutlich, dass diese Begriffe mit sozialdemokratischen Inhalten gefüllt wurden.

Nach dem August-Putsch und dem darauf folgenden Staatsstreich Jelzins muss man wohl einen dritten Abschnitt hinzufügen, der den Übergang der Perestroika in die offene, unverhüllte kapitalistische Konterrevolution bedeutete.

Die Achillesferse der Perestroika bestand jedoch von Anfang an darin, dass Gorbatschow und seine Anhänger zwar ein Konzept zur Zerstörung der alten Strukturen, aber keines zum Aufbau eines besseren Sozialismus hatten. Die Planwirtschaft wurde zerschlagen, aber nichts an ihre Stelle gesetzt außer Anarchie, Schattenwirtschaft und Mafia. Mit den Verheißungen der Marktwirtschaft wurden Illusionen erzeugt. Auch bei der Demokratie wurde der Klassencharakter «vergessen». Anstatt Stück für Stück undemokratische Strukturen zu überwinden und die sozialistische Demokratie auszubauen, wurde von Demokratie schlechthin geschwafelt. Selbst der schwärzesten Reaktion und den borniertesten Nationalisten wurde freier Lauf gelassen. Herausgekommen ist nicht mehr Demokratie, sondern schließlich der Untergang der Sowjetunion.

Diese Entwicklung wurde noch dadurch begünstigt, dass die Probleme der sowjetischen Geschichte und die der kommunistischen Bewegung insgesamt nicht differenziert aufgearbeitet wurden, sondern die ganze Geschichte in den Dreck getreten bzw. gestattet wurde, dass sie in den Dreck getreten werden konnte. Damit wurde den Menschen moralisch das Rückgrat gebrochen.

In der Negation dogmatischer Positionen der Vergangenheit, die die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an sich verändernde Existenzbedingungen nicht wahrnehmen wollten, wurden nunmehr die marxistisch-leninistischen Kapitalismusvorstellungen in Bausch und Bogen über Bord geworfen. Die Fassade des Kapitalismus wurde für das Wesentliche genommen. Sein Charakter als Ausbeutergesellschaft, der Klassenantagonismus wurden «übersehen». Die Leninsche Imperialismustheorie wurde ad acta gelegt und damit auch der internationalen Politik das theoretische Fundament entzogen. An ihre Stelle trat das «Neue Denken», mit dem der Klassenstandpunkt in der Außenpolitik aufgegeben wurde. Ihr Kernstück ist die Auflösung des dialektischen Verhältnisses von Klassenfragen und allgemeinmenschlichen Fragen zugunsten einer ausschließlichen Fixierung auf die letzteren.

All das musste der Kommunistischen Partei und dem sozialistischen System die bereits in den letzten Jahren der Vor-Perestroika-Periode immer brüchiger werdende Legitimationsbasis vollends entziehen und den Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen ehemaligen Ländern des realen Sozialismus in Europa derart destabilisieren, dass es zu einem kartenhausmäßigen Zusammenbruch kam.

So habe ich, wie viele andere Kommunisten auch, damals die Rolle Gorbatschows und seiner Perestroika beim Zusammenbruch des Sozialismus gesehen. Heute, ein Jahrzehnt später, reicht diese Einschätzung nicht mehr. Haben doch Gorbatschow, der «Architekt der Perestroika» Alexander Jakowlew und andere aus ihrer Mannschaft inzwischen die Katze aus dem Sack gelassen und offen bekannt, dass sie den Sozialismus nicht verbessern, sondern bewusst zerstören wollten und zu diesem Zweck ihre wahren Ziele vor dem Volk und der internationalen Arbeiterbewegung verborgen haben.

So erklärte Gorbatschow schon 1993 in einem *Spiegel*-Interview: «Gorbatschow musste das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war... Man musste Geduld zeigen, bis die Parteibükratie so entmachtet war, dass sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte.»³⁸

Und in der *Prawda Rossii* ist zu lesen, dass Gorbatschow in einem Vortrag vor der Amerikanischen Universität in Ankara erklärt habe: «Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen... Gerade um dieses Ziel zu erreichen, nutzte ich meine Stellung in der Partei und im Lande...»³⁹ Obwohl diese Enthüllung in mehreren russischen Zeitungen

veröffentlicht wurde, hat Gorbatschow sie nie dementiert. Bei so viel Offenheit wundert es denn auch nicht mehr, wenn Jakowlew bekennt: «Die französischen Journalisten, die zu Beginn der Perestroika geschrieben haben, dass der Herd der Konterrevolution in der UdSSR der Stab des Kommunismus, das ZK der KPdSU ist, hatten Recht.»⁴⁰

Zusammenfassend kann man dem russischen Politologen Sergej Karmura zustimmen, der feststellt, dass das sowjetische System sich «als nicht fähig erwies, den inneren Krankheiten zu widerstehen, und von diesen, wenn nicht zum Untergang, so doch in die Lähmung geführt wurde.» Er hebt dabei besonders die Rolle der Nomenklatura hervor, die das System hervorgebracht hat, und fährt fort: «Die Oberschicht der Nomenklatura, die sich entschieden hatte, das Land aufzugeben, ist ein Produkt unserer Geschichte. Und auch der Typus der Welt des Verbrechens, der zum Verbündeten dieser Elite wurde, ist ein spezifisch russisches Produkt. All das vollzog sich im Zusammenwirken mit den äußeren Bedingungen. Wenn z.B. nicht der «Kalte Krieg» gewesen wäre, so hätten die Kräfte des inneren Feindes nicht ausgereicht, das Land zum Zusammenbruch zu bringen. Die Vereinigung der äußeren Kräfte, die an der Zerstörung des Gesellschaftssystems interessiert waren, mit den inneren, die danach strebten, das System umzukrempeln, um das Land aussaugen zu können, führte zum Untergang der Sowjetunion.»⁴¹

III. Die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus ist notwendiger denn je

Der reale Sozialismus in Europa ist zusammengebrochen. Die Errungenschaften der Oktoberrevolution und der nachfolgenden sozialistischen Umwälzungen werden geschleift. Die Gegner des Sozialismus triumphieren. Sie erklären den Sozialismus für ein für allemal tot, den Kapitalismus zum letzten Wort der Geschichte.

Allerdings sind von Ideologen der Bourgeoisie auch Stimmen zu hören, die vor zu frühem Triumph warnen. Zu ihnen gehört der konservative Professor Rohrmoser, der 1994 vor der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M. davor warnte zu glauben, dass der Zusammenbruch des realen Sozialismus in Europa «bereits als eine Widerlegung der sozialistischen Idee verstanden werden kann». Und weiter: «Wenn es keine besseren Ideen, wenn es nicht eine bessere Philosophie gibt, als die, auf deren Boden der Marxismus errichtet war, wird ein Wiedererstarken sozialistischer Bewegungen nur eine Frage der Zeit sein.»⁴²

Die Idee des Sozialismus lebt und muss in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden, wenn die Menschheit überleben soll. Die Überwindung des Kapitalismus durch eine von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite, solidarische Gesellschaft, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, bleibt unverzichtbar. Mehr noch: Der Kampf für den Sozialismus ist heute notwendiger denn je, verschärfen sich doch gerade im Gefolge des Abgangs des realen Sozialismus in Europa die Widersprüche des Kapitalismus, die seine Ablösung notwendig machen, in ganz rasantem Tempo.

1. Die historisch-materialistische Begründung des Sozialismus

Die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus haben Marx, Engels und Lenin wissenschaftlich begründet. Die Grundlage dafür bildet der historische Materialismus. Am konzentriertesten hat Marx die Grundzüge der materialistischen Geschichtsauffassung in seiner Schrift «Zur Kritik der politischen Ökonomie» zusammengefasst. Dort heißt es: «In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um....»⁴³

Die Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sind also nach Marx die letzte Ursache des Entstehens und Untergangs der verschiedenen Gesellschaftsformationen. Wobei sich der

Formationswechsel nicht im Selbstlauf vollzieht, sondern im Kampf der Klassen durchgesetzt werden muss. Mit Blick auf die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus kommt der Arbeiterklasse die Aufgabe zu, diese Umwälzung zu vollbringen. «Mit der Entwicklung der großen Industrie», schreiben Marx und Engels im «Manifest der Kommunistischen Partei», «wird unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.»⁴⁴

2. Die Gebrechen des realen Kapitalismus

Schon zu Lebzeiten von Marx und Engels wurde deutlich, dass die modernen Produktivkräfte in Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gerieten, der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse entfaltete sich. Das äußerte sich in den Wirtschaftskrisen, in Arbeitslosigkeit, Arbeiterelend, Naturzerstörung und Kriegen. Die Lösung dieses Konflikts erfordert, dass der gesellschaftliche Charakter der Produktion seine Entsprechung in der gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsergebnisse findet.

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus und dann innerhalb dieses Entwicklungsstadiums zum staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich die Widersprüche, die eine Ablösung des Kapitalismus notwendig machen, weiter zugespitzt. Zwei verheerende Weltkriege und Dutzende von sog. regionalen Kriegen nach 1945 in Korea, Vietnam, Jugoslawien, in Afghanistan, dem Irak und anderswo, die Pervertierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Produktion von Massenvernichtungswaffen, die die Gefahr der Vernichtung der Menschheit heraufbeschwören, die Gefahren, die von einer am Profit orientierten Großchemie, von Atomkraftwerken, von der kapitalistischen Pharmaindustrie ausgehen, 40 Millionen an Hunger und Hungerkrankheiten sterbende Menschen in jedem Jahr in den Entwicklungsländern, die Vernichtung der Regenwälder und die Ozonlöcher, zyklische und Strukturkrisen, die wachsende Massenarbeitslosigkeit, die Errichtung faschistischer Diktaturen zur Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft, all das ist Ausdruck des hohen Preises, den die Menschheit für die Fortexistenz der überholten kapitalistischen Ausbeuterordnung zahlen muss.

Die modernen Produktivkräfte verlangen gebieterisch nach neuen Produktionsverhältnissen, nach gesellschaftlichem Eigentum an den nur gesellschaftlich nutzbaren Produktionsmitteln, nach gesellschaftlicher Planung und Kontrolle. Die Monopolbourgeoisie und ihr Staat versuchen den aus dem Konflikt zwischen modernen Produktivkräften und überholten Produktionsverhältnissen erwachsenden Konsequenzen dadurch auszuweichen, dass sie zu nationalstaatlichen und supranationalen Wirtschaftsregulierungs- und Planungsmaßnahmen greifen. Diesen sind allerdings durch die monopolkapitalistischen Eigentumsstrukturen enge Grenzen gesetzt. In gewissem Maße gelingt es ihnen damit dennoch, den Konflikt zu entschärfen, allerdings auf Kosten einer massenweise «geplanten» Vernichtung von Produktivkräften und Produkten, wie dies anschaulich bestimmte Maßnahmen der EU zeigen.

Die Praxis der EU zeigt auch, dass das Monopolkapital sich dem Erfordernis gesellschaftlicher Mitbestimmung und Kontrolle dadurch zu entziehen versucht, dass immer mehr Befugnisse an außerhalb jeder demokratischen Kontrolle stehende supranationale Organe übertragen werden. Die Tatsache, dass die Monopolbourgeoisie und ihr Staat zu Regulierungs- und Planungsmaßnahmen greifen müssen, die eigentlich ein Fremdkörper in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind und der Form nach in gewisser Weise schon den neuen Produktionsverhältnissen des Sozialismus entlehnt werden, bestätigt nachdrücklich die Feststellung Lenins, dass der Sozialismus nichts anderes ist als der nächste Schritt vorwärts über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Der staatsmonopolistische Kapitalismus sei «die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe».⁴⁵

Diese Aussage Lenins bleibt dem Wesen der Sache nach richtig, obwohl seither der Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern schon ein dreiviertel Jahrhundert weiterexistiert. Offensichtlich hat er mit dem Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und unter dem Druck der Systemkonkurrenz mit dem realen Sozialismus größere Reserven mobilisieren können, als damals zu erwarten war.

3. Kapitalistische Widersprüche verschärfen sich

Keines der Gebrechen des Kapitalismus, die seine Ablösung durch den Sozialismus notwendig machen, wurde mit dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des realen Sozialismus in Europa gelöst. Ganz im Gegenteil.

In einem Aufsatz in der Zeitschrift *Sozialismus* stellte Friedrich Plate,

ein Wirtschaftswissenschaftler aus der ehemaligen DDR, schon 1992 fest: «Ich bin überzeugt, nach dem Scheitern des staatskapitalistischen Sozialismus, der den realen Kapitalismus zu vitalen Innovationen zwang, werden die diesem innewohnenden Widersprüche sich galoppierend verschärfen. Die Situation wird historisch absehbar schnell heranreifen, in der eine alternative Entwicklung notwendig und auch möglich wird. Die Oktoberrevolution und was in deren Gefolge geschah, waren starke Wankelbeben, Vorankündigungen des gesellschaftlichen Erdbebens, das noch bevorsteht. – Der Widerspruch zwischen den unterentwickelten Ländern einerseits und den sie ausbeutenden entwickelten Ländern sowie den imperialen internationalen Finanzorganisationen andererseits spitzt sich beständig zu. Die Demütigung der Bevölkerung der gewendeten osteuropäischen Länder durch die mit Eroberungsmanier auftretenden Vertreter der Staaten der sogenannten ersten Welt, schafft neue scharfe soziale Spannungen. Der jetzt beginnende neue Sozialabbau in den entwickelten Industrieländern verschärft die bestehenden Widersprüche zwischen den Lohnabhängigen sowie den sozial Ausgegrenzten und der herrschenden Oberschicht... Die Summe aller sich zuspitzenden gesellschaftlichen Unstimmigkeiten reichert folgerichtig eine explosive Situation an, die sich elementar entladen muss...»⁴⁶

Dieser Einschätzung ist zuzustimmen. Allerdings müssen weitere Widerspruchskomplexe hinzugefügt werden. Da ist zum einen die sich dramatisch zuspitzende ökologische Krise. Die Auseinandersetzungen um den Umweltgipfel in Rio und seine Nachfolgekonferenzen zeigen anschaulich, dass diese Krise letztlich unter kapitalistischen Bedingungen nicht gelöst werden kann. Sie sind zugleich Ausdruck des Konflikts zwischen den kapitalistischen Metropolen und den Entwicklungsländern. Die imperialistischen Hauptländer, die den größten Anteil an der Umweltzerstörung und dem Verbrauch der Naturressourcen haben, wollen den Entwicklungsländern, in denen Millionen Menschen verhungern, Umweltauflagen diktieren. Dagegen wehren sich diese Länder mit wachsender Verbitterung.

Nach UNO-Daten, die zum Gipfel in Rio veröffentlicht wurden, lag der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxyd in den USA bei 22 Tonnen pro Kopf und Jahr, in der Bundesrepublik bei 13, in Japan bei 8,6, in China dagegen bei 2 und in Indien bei 0,7 Tonnen. In den kapitalistischen Metropolen erzeugter Giftmüll wird in die Entwicklungsländer exportiert. Die reichen Nationen stellen 25 Prozent der Weltbevölkerung, verbrauchen aber 85 Prozent des Holzes, 75 Prozent der Metalle, 70 Prozent der Energie und 60 Prozent der Nahrungsmittel. Die reichsten

20 Prozent der Weltbevölkerung erhalten mindestens das 150fache des Einkommens der ärmsten 20 Prozent. Ungleiche Wirtschaftsbeziehungen und Handelsbeschränkungen kosten die Entwicklungsländer jedes Jahr 500 Milliarden Dollar. Die Folge davon: 14 Millionen Kinder sterben in jedem Jahr vor ihrem fünften Lebensjahr. Für 1,5 Milliarden Menschen gibt es keine gesundheitliche Betreuung. 1,3 Milliarden Menschen haben kein sauberes Trinkwasser. Fast eine Milliarde Menschen hungert. Über 300 Millionen Kinder besuchen keine Schulen. Eine Milliarde Erwachsene können nicht lesen und schreiben. 1,2 Milliarden Menschen leben in völliger Armut.⁴⁷

In dem Jahrzehnt, das seit dem Gipfel in Rio vergangen ist, haben sich diese erschreckenden Daten trotz aller hehren Worte, die in Rio und auf den Nachfolgekonferenzen gefallen sind, kaum verbessert. So starben nach neuesten Angaben im Jahr 2000 immer noch 10,8 Millionen Kinder an Unterernährung und Krankheiten, deren Hauptursache die Armut ist.⁴⁸ Und der «Human Development Report 2003» verweist darauf, dass die Armut in 54 Ländern der Erde im Vergleich zu 1990 noch größer geworden ist. Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt hat sich trotz aller Verheißungen der sog. Globalisierung weiter vertieft. Zu welchen Perversitäten diese Entwicklung führt, macht der «Human Development Report 1999» der UNO deutlich, der zu dem Ergebnis kommt, dass 358 Milliardäre heute gemeinsam so reich sind wie 2,5 Milliarden Menschen, d.h. fast die Hälfte der Weltbevölkerung.

Kann es eine schlimmere Anklage an den Kapitalismus, eine dramatischere Begründung für die Notwendigkeit der Überwindung dieser menschenfeindlichen Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus geben? «Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!», diese im vom Gründungskongress der KPD an der Jahreswende 1918/1919 im Parteiprogramm formulierte Alternative stellt sich heute dramatischer denn je.

Das gilt nicht zuletzt auch für die sich im Ergebnis der Niederlage des realen Sozialismus in Europa und der faktischen Wiederherstellung der Alleinherrschaft des Imperialismus enorm verschärfenden Kriegsgefahren. Dafür stehen der NATO-Überfall auf Jugoslawien, der Krieg in Afghanistan, die beiden Kriege gegen den Irak und andere imperialistische Aggressionen sowie Dutzende von den imperialistischen Mächten angezettelte «Stellvertreterkriege» rund um den Erdball. Mit schnellen Eingreiftruppen stellen sich NATO und EU auf Kriege gegen aufbegehrende Völker der Entwicklungsländer ein. Nach ihrer neuen Militärdoktrin soll die Bundeswehr im Widerspruch zum Grundgesetz zur Interventionsarmee für weltweite Einsätze umgerüstet werden.

Der US-Imperialismus verkündet seinen Anspruch auf alleinige Welt-herrschaft und droht allen Ländern mit Krieg, die diesen Anspruch infrage stellen sollten. Es ist kaum zu erwarten, dass sich Japan und vor allem das EU-Europa unter Führung des neuen imperialistischen Groß-deutschlands und Frankreichs dem auf Dauer unterwerfen werden. Selbst die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen der imperialistischen Metropolen untereinander mit all ihren unvorstellbaren Konsequenzen angesichts der heutigen Waffentechnik rückt so in der Perspektive wieder in den Bereich des Möglichen.

Der Konflikt zwischen den modernen Produktivkräften und den über-holten kapitalistischen Produktionsverhältnissen zeigt sich besonders anschaulich in der wachsenden Massenarbeitslosigkeit. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz wird der Zwang, die Wirkungen des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation abzufedern, geringer. Hin-zu kommen die Folgen der wachsenden Macht der transnationalen Kon-zerne, die im Interesse maximaler Profite ohne jede Rücksicht auf die sozialen Folgen rationalisieren und massenhaft Arbeitsplätze abbauen, sowie die Wirkungen des sich im Zuge der sog. Globalisierung drama-tisch verschärfenden internationalen Konkurrenzkampfes.

Das Heer der Langzeit- oder gar ständig Arbeitslosen wächst ebenso wie der Pauperismus in Gestalt von Obdachlosen usw. So betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik zwischen 1960 bis 1973 noch jährlich weniger als 0,5 Millionen. Zwischen 1975 bis 1981 lag sie durch-schnittlich bei etwa 1 Million. Nach der Krise von 1982 blieb es dann bei über zwei Millionen offiziell ausgewiesener Arbeitsloser. Gegenwärtig sind 4,5 Millionen Arbeitslose offiziell registriert. Nimmt man die in verschiedenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Untergebrachten, die Vorruheständler sowie diejenigen hinzu, die die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben haben und nicht mehr registriert sind, so dürfte die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen bei mehr als 6 Millionen liegen.

Durch die Arbeit ist der Mensch aus dem Tierreich zum Menschen aufgestiegen. Arbeit ist eine der wichtigsten Äußerungen menschlichen Daseins. Wenn der Kapitalismus heute immer mehr Menschen die Mög-lichkeit nimmt am Arbeitsprozess teilzunehmen, sich produktiv zu be-tätigen, so macht das die Grenzen dieses Gesellschaftssystems besonders anschaulich.

Die Notwendigkeit des Sozialismus als Alternative zum Imperialismus wird nicht nur von uns Kommunistinnen und Kommunisten gesehen. Sie wird auch von anderen Menschen, darunter von engagierten Chris-ten, erkannt. Dafür sollen zwei Stimmen zitiert werden, die sich bald

nach der konterrevolutionären «Wende», dem Jubelgeschrei der Gegner des Sozialismus zum Trotz, zu Wort gemeldet haben. Professor Kreck schrieb in einem Leserbrief an die *Frankfurter Rundschau*. v. 14.8.91: «Ist die sozialistische Herausforderung, in der es letztlich darum geht, für alle Menschen auf der Erde Brot, Arbeit, Lebens- und Bildungschancen zu schaffen, deshalb überholt, weil die bisherigen Anläufe nicht zum Ziel führten, oder nicht noch immer hochaktuell?» Als ein Argument für die Aktualität fügt er an: «Wenn eine Milliarde Menschen unter dem Existenzminimum lebt bzw. vegetiert und Millionen hungern, wenn die ärmsten Länder an Schulden mehr zu bezahlen haben, als sie von reichen empfangen, während zugleich Billionen für Rüstung verschwendet werden, dann muss den Betroffenen unsere ständige Berufung auf Menschenrechte bei gleichzeitiger Verteufelung der sozialistischen Staaten, in denen immerhin niemand verhungerte, als Heuchelei erscheinen.»

Dorothee Sölle stellte in einem Artikel in *Neues Deutschland* v. 9.6.91 fest: «Der Kapitalismus hat über den Staatssozialismus gesiegt und sich als das stabilere Modell erwiesen. Verloren haben die Armen, das eine Drittel hier und die drei Viertel der ganzen menschlichen Familie. Aber es steht zu befürchten, dass noch jemand Opfer des freien Unternehmertums sein wird, nämlich unsere Mutter Erde...

Dieser Sieg hat schon heute seinen Preis und wird in Zukunft noch schrecklichere Opfer fordern. Ich denke dabei einmal an die schwächsten Glieder der staatssozialistischen Gesellschaft, die durch die bisherige Ordnung einen zwar unzureichenden, aber doch existierenden Schutz ihrer Behausung, ihrer Krankenversorgung, ihrer Arbeitsplätze besaßen... In einem globalen Kontext haben aber noch ganz andere Gruppen und Völker etwas verloren. Ich meine die noch zwei Drittel, bald drei Viertel der Weltbevölkerung, die zu den Armen gehören. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ist eine Hoffnung der entrechteten Völker gestorben.»

Aus alledem zieht Dorothee Sölle den Schluss: «Der Staatssozialismus ist tot, aber der Sozialismus als Utopie einer solidarischen und schöpungsangepassten Gesellschaft wird noch dringend gebraucht.»

Das humanistische Engagement der zitierten Christen scheint mir lehrreich zu sein. Mit Blick auf die Gebrechen des realen Sozialismus und des realen Kapitalismus werden die tatsächlichen Größenordnungen wiederhergestellt, und die bei uns häufig nur auf die entwickelten kapitalistischen Länder fixierte Sichtweise wird auf den Kapitalismus als Ganzes geweitet.

Die Aufforderung, den Blick nicht auf die entwickelten kapitalistischen

Länder zu verengen, bedeutet ganz und gar nicht, dass deren Rolle für den Kampf um die Überwindung des Kapitalismus unterschätzt werden soll. Ganz im Gegenteil! Ein neuer Anlauf zum Sozialismus ist notwendig, und ich bin davon überzeugt, dass er die entwickelten kapitalistischen Länder erfassen muss. Haben die Länder des realen Sozialismus in der Systemauseinandersetzung vor allem auch wegen ihres ökonomischen Zurückbleibens eine Niederlage erlitten. so ist es wohl nur schwer vorstellbar, dass Länder der sogenannten dritten Welt auf Dauer eine Chance haben, auf sich allein gestellt einen sozialistischen Entwicklungsweg gegen den Imperialismus durchzusetzen. Sie brauchen die Solidarität der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Metropolen und letztlich die Partnerschaft entwickelter Länder als sozialistische Staaten.

Zuspitzungen in den Entwicklungsländern können allerdings ebenso wie die Verschärfung anderer globaler Probleme für künftige Umwälzungen in kapitalistischen Metropolen ein bedeutendes Gewicht erlangen. Mit solchen Umwälzungen würden dann wiederum neue Entwicklungsbedingungen für revolutionäre Prozesse in unterentwickelten Ländern geschaffen.

Da revolutionäre Umwälzungen in entwickelten kapitalistischen Ländern kaum unmittelbar bevorstehen, ist sicher auch davon auszugehen, dass angesichts der Integration des Europas der Monopole (Rückschläge werden diesen Prozess verlangsamen, aber letztlich nicht verhindern) eine sozialistische Umwälzung in unserer Region sich kaum in einem einzelnen Land, sondern eher im Integrationsraum als Ganzem vollziehen wird. Das wird bei der Neuerarbeitung sozialistischer Strategie und Programmatik berücksichtigt werden müssen.

Zusammenfassend wollen wir die vom DKP-Parteitag 1993 beschlossenen «Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP» zitieren, in denen es zur Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus heißt: «Die Grundgebrechen des Kapitalismus sind unheilbar. Sie treiben die Menschheit in Katastrophen, die schließlich die Existenz der Menschheit als ganzes bedrohen.

Die Alternative zur Krise des Kapitalismus ist nicht eine Verbesserung des Kapitalismus, sondern eine neue Gesellschaftsordnung: der Sozialismus, der sich zum Kommunismus weiterentwickelt.»

IV. Schlussfolgerungen aus der Niederlage des realen Sozialismus für die Gestaltung zukünftiger sozialistischer Gesellschaften

Die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu begründen ist eine Sache. Eine andere und wesentlich schwierigere ist es, Aussagen darüber zu treffen, wie denn die zukünftige sozialistische Gesellschaft aussehen soll, die sich als eine dem Kapitalismus überlegene Gesellschaftsordnung durchsetzen kann. Die Schwierigkeiten für die Entwicklung zeitgemäßer Sozialismusvorstellungen erwachsen dabei nicht nur daraus, dass mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus viele scheinbare Wahrheiten über Bord gegangen sind. Sie hängen auch damit zusammen, dass es zwar große praktische Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus und wertvolle Erkenntnisse aus deren theoretischer Verallgemeinerung, aber keine umfassende und ausgereifte marxistisch-leninistische Theorie der sozialistischen Gesellschaft gibt.

Gegenstand der Arbeiten von Marx und Engels war – wie im ersten Abschnitt bereits betont wurde – im Wesentlichen die Analyse der Entstehung, der Entwicklung und des Niedergangs der kapitalistischen Gesellschaft. Lenin hat den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium analysiert und eine Theorie der sozialistischen Revolution geschaffen, wobei diese verständlicherweise in vielem von den Besonderheiten der Revolution in Russland und der konkreten geschichtlichen Situation, in der sie stattfand, geprägt ist. Lenins Aussagen über die sozialistische Gesellschaft sind bruchstückhaft und Ausfluss ganz konkreter Bedingungen. So gibt es wesentliche Unterschiede in seinen konkreten Sozialismusvorstellungen aus der Zeit des Kriegskommunismus und dann beim Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik.

Die spätere Praxis des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, die dann von den anderen Ländern übernommen wurde, war mit Erfolgen, aber auch Fehlentwicklungen verbunden. Vor allem war sie stark durch die sowjetischen Bedingungen geprägt. Eine ausgereifte Theorie des Sozialismus wurde nicht geschaffen. Manche Sozialismuskonzeptionen waren mehr Ausdruck von Wunschdenken als wissenschaftlich begründete Analysen und Prognosen. Deutlich wurde dies in der Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in die die Länder des realen Sozialismus angeblich bereits eingetreten waren, und besonders drastisch in den Vorstellungen des vom XXII. Parteitag 1961 beschlossenen Programms der KPdSU über den Übergang zum Kommunismus.

Wir haben folglich keine umfassende und ausgereifte Theorie der sozialistischen Gesellschaft. Erst recht gibt es keine bis ins Detail gehenden Rezepte für diese Gesellschaft, die man wie nach einem Kochbuch in jedem Land und in jeder geschichtlichen Situation anwenden könnte. Sie gibt es nicht und sie kann es nicht geben. Müssen für eine nicht am grünen Tisch, sondern im konkreten Leben geschaffene und sich bewährende sozialistische Gesellschaft doch die Bedingungen des Landes bzw. der Regionen beachtet werden, in denen sich der Übergang zum Sozialismus vollzieht. Berücksichtigt werden muss der dann gegebene Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Geschichte und Kultur des Landes oder der Regionen. Von nicht geringer Bedeutung sind die Errungenschaften, die sich die Arbeiterbewegung bereits im Kapitalismus erkämpfen konnte, die Bündniskonstellationen, die innere und äußere Lage, unter der der Bruch mit dem Kapitalismus stattfindet. So macht es z.B. einen gewaltigen Unterschied aus, ob sich der Übergang ausgehend von Bedingungen einer bürgerlichen Demokratie oder denen einer faschistischen Diktatur vollzieht, ob der Weg über Zwischenstufen führt oder nicht, ob die gegebenen Kräfteverhältnisse der internationalen Reaktion einen Interventionskrieg erlauben oder bereits so gestaltet sind, dass sie dazu schon nicht mehr in der Lage ist.

All das kann heute nicht vorhergesehen werden. Darum ist bei programmatischen Aussagen über die künftige sozialistische Gesellschaft Vorsicht geboten. Sie sollten sich meiner Überzeugung nach auf Grundaussagen über das Wesen der Eigentums- und Machtverhältnisse und die darauf aufbauenden sozialistischen Werte beschränken.

Zugleich haben wir es nach dem Scheitern des realen Sozialismus aber damit zu tun, dass es der Bourgeoisie und ihren Ideologen gelungen ist, den Gedanken des Sozialismus im Bewusstsein der Arbeiterklasse zutiefst zu diskreditieren. Wenn der Sozialismus neue Anziehungskraft gewinnen soll, scheint es mir darum unverzichtbar, in Publikationen, die weniger verbindlich sind als ein Parteiprogramm und mehr Diskussionscharakter tragen, über allgemeinste Aussagen zu zukünftigen sozialistischen Gesellschaften hinaus, zumindest mit Blick auf die Hauptursachen des Fiaskos der realsozialistischen Staaten deutlich zu machen, welche Schlussfolgerungen daraus aus heutiger Sicht gezogen werden sollten. In diesem Sinne sind die nachfolgenden Ausführungen zu verstehen.

Müssen wir deutschen Kommunisten nach der Niederlage des Sozialismus bei der Diskussion über die Gesellschaft, die wir anstreben, beim Punkt Null anfangen? Keineswegs. Aufbauen können wir auf die Leis-

tungen des realen Sozialismus, wie sie im ersten Abschnitt benannt wurden. Aufgebaut werden kann auf jene Vorstellungen im Mannheimer Programm der DKP von 1978, die nach wie vor den Bedingungen unseres Landes und unserer Zeit entsprechen. Aufgebaut werden kann auf die Aussagen in den «Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP» von 1993 und spätere Dokumente der Partei, darunter die Diskussionsgrundlage über Sozialismusvorstellungen der DKP.

Aufbauen können und müssen wir auf die Grundaussagen der Klassiker des Marxismus. Das Ziel des Sozialismus/Kommunismus muss doch wohl, wie im «Manifest» beschrieben, eine Gesellschaft sein, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden wird, in der er aufhört, ein unterdrücktes Wesen zu sein, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird. Grundvoraussetzungen für eine sozialistische Gesellschaft bleiben das gesellschaftliche Eigentum an den nur gesellschaftlich nutzbaren Produktionsmitteln und die darauf gegründete politische Macht des arbeitenden Volkes. Nicht vorstellbar ist für mich auch weiterhin eine sozialistische Gesellschaft, die auf einen ihrer wichtigsten Vorzüge, die Möglichkeit einer planmäßigen Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung, verzichten würde.

Allerdings zeigen die Erfahrungen des realen Sozialismus, dass es sich eben nur um unverzichtbare Voraussetzungen, um Fundamente handelt, auf denen das Gebäude des Sozialismus errichtet werden muss. Und sie zeigen auch, dass diese Fundamente deformiert werden können, und dies soweit, dass es zum Einsturz des Gebäudes kommen kann. Genauso wichtig wie es ist, an diesen Grundvoraussetzungen festzuhalten, ist es darum, über ihre konkrete Gestaltung neu nachzudenken. Dies muss im Kontext mit der Aufarbeitung der konkreten Wirklichkeit in unserem Lande, im EU-Raum und in der Welt von heute geschehen.

1. Zur sozialistischen Demokratie

Stimmt man den im zweiten Abschnitt genannten inneren Ursachen für die Niederlage des realen Sozialismus zu, dann liegt auf der Hand: Das politische System künftiger sozialistischer Gesellschaften muss demokratischer sein. Die sozialistische Demokratie muss in dialektischer Weise die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie positiv in sich aufnehmen und sie auf dem Boden der sozialistischen Eigentumsverhältnisse im Kontext mit qualitativ neuen demokratischen Rechten und Freiheiten auf eine höhere Stufe heben. Die neue Gesellschaft muss vom Ideenreich-

tum, der Initiative der Massen getragen sein. Kernfragen sind dabei die Kontrolle der politischen Machtorgane auf allen Ebenen, die Erhöhung der Rolle der unteren Organe, die Entfaltung unmittelbarer Demokratie und Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen. Ein bedeutender Platz wird dabei den Gewerkschaften, den Arbeitskollektiven, den betrieblichen Interessenvertretungen, Organisationen und Bürgerinitiativen, in denen sich arbeitende Menschen, Frauen, Jugendliche, Rentner engagieren, zukommen müssen. Es geht darum, nicht erst in einer fernen kommunistischen Zukunft, sondern schon im Sozialismus damit zu beginnen, Staat zugunsten von Selbstverwaltung abzubauen, wo immer das die inneren und äußeren Kräfteverhältnisse zulassen.

Bei der Diskussion unserer Vorstellungen über den künftigen Sozialismus können wir anknüpfen an die im Mannheimer Programm und den späteren Dokumenten der DKP wie auch in Publikationen kommunistischer Autoren entwickelten Gedanken über die Parlamente, ein Mehrparteiensystem, die Bedeutung demokratischer Wahlen, die natürlich auch die Möglichkeit der Abwahl einschließen, und die Rechte einer auf dem Boden der sozialistischen Verfassung wirkenden Opposition. Nachgedacht werden muss über die Freiheit, aber auch die Verantwortung der Medien, über die politischen, sozialen und individuellen Menschenrechte, die sozialistische Rechtsstaatlichkeit. Die Erfahrungen des realen Sozialismus zeigen meiner Überzeugung nach, dass eine wirksame Gewaltenteilung unverzichtbar ist. Notwendig ist die Trennung von Staat und Parteien.

Nun ist der Gedanke der Gewaltenteilung unter Berufung auf Marx und Lenin, die diese für den Sozialismus abgelehnt hatten, unter Kommunisten umstritten. Für Marx und Lenin galt jedoch stets der Grundsatz der konkreten Analyse der konkreten historischen Situation und die Praxis als entscheidendes Kriterium. Auch wir sollten an die Frage der Gewaltenteilung konkret-historisch herangehen und sie unter die Lupe der praktischen Erfahrungen des realen Sozialismus nehmen. Diese zeigt meiner Überzeugung nach, dass viele Fehlentscheidungen und Deformationen damit zusammenhängen, dass einzelne Führer oder kleine Führungszirkel praktisch unkontrolliert über das ganze gesellschaftliche Leben entscheiden konnten. Seine äußerste Zuspitzung hat dies auf dem Höhepunkt der Repressionen in der Sowjetunion gefunden, als Stalin in einsamer Entscheidung das letzte Wort über die Gerichtsurteile gegen seine tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner hatte und auch Listen mit den Namen derjenigen abzeichnete, die ohne Gerichtsurteil erschossen wurden.

Solche Fehlentwicklungen konnten Marx und Lenin nicht vorhersehen. Wir kennen sie heute und müssen daraus Schlussfolgerungen ziehen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass wirkliche Kollektivität der Führungen und auch eine Trennung der Befugnisse von gesetzgebender, vollziehender und richterlicher Gewalt unerlässlich sind. Um diese Trennung der Befugnisse von Institutionen bei der Gewalt- bzw. Machtausübung geht es, und nicht etwa, wie manche Kritiker meinen, um eine Teilung der Macht zwischen Klassenkräften. Wie die Macht im Kapitalismus trotz formeller Gewaltenteilung bei der Bourgeoisie liegt, muss sie im Sozialismus von der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen ausgeübt werden. Die Kompetenzen der institutionellen Säulen dieser Machtausübung sollten jedoch gegeneinander abgegrenzt werden. Das gilt vor allem für die Exekutive, d.h. Regierung, Verwaltung, regierende Parteien. Sie dürfen sich weder die Befugnisse der gesetzgebenden Organe noch die der Gerichtsbarkeit aneignen.

Dass dies kein Hindernis für die Ausübung der Macht durch die jeweils herrschende Klasse ist, wird uns z.B. durch das Bundesverfassungsgericht immer wieder aufs Neue demonstriert. Alle drei Säulen der Machtausübung in der Bundesrepublik sind Organe der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Im übrigen soll nicht nur vom Klasseninhalt, sondern auch von den Formen und Regularien her nicht einfach die bürgerliche Gewaltenteilung auf den Sozialismus übertragen, sondern eine wirklich demokratische Art der Gewaltenteilung erreicht werden. Die Gewaltenteilung muss durch die Kontrolle des Volkes über alle Organe, durch Wahlen und jederzeitige Abwählbarkeit demokratisch legitimiert sein.

Wenn hinsichtlich der Gewaltenteilung, wie zu einigen anderen hier dargelegten Gedanken zur sozialistischen Demokratie, wegen der Ähnlichkeit in den Formen die Meinung vertreten wird, dies sei nicht sozialistische, sondern bürgerliche Demokratie, dann sei dem entgegen gehalten, dass der Charakter, das Wesen solcher Instrumente der Machtausübung vor allem dadurch entschieden wird, welche Klassenkräfte sie anwenden, die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Manche Formen, die die bürgerliche Demokratie hervorgebracht hat, müssen nicht über Bord geworfen sondern mit einem neuen Klasseninhalt ausgefüllt und damit auf einer höheren Stufe der geschichtlichen Entwicklung dialektisch aufgehoben werden.

Obwohl ich davon überzeugt bin, dass eine sozialistische Gesellschaft nur dann erfolgreich aufgebaut werden kann, wenn eine Partei, die ihre Tätigkeit auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet, maßgeblichen Einfluss in der Gesellschaft erringt, war die DKP gut beraten, im Mann-

heimer Programm keinen Führungsanspruch für die kommunistische Partei im Sozialismus zu postulieren. Die Partei, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet, führt nicht dadurch, dass sie einen Anspruch darauf erhebt. Das klägliche Fiasko der kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern des realen Sozialismus ist eine eindeutige Lektion. Vielmehr muss die Partei ihren Einfluss im Wettstreit um die besten politischen Ideen und Initiativen immer wieder neu erringen.

Die Aufgabe der marxistischen Partei sollte immer weniger im stellvertretenden Machtausüben für die arbeitenden Menschen und immer mehr darin bestehen, im Wettstreit mit anderen politischen Kräften strategische Orientierungen für die weitere Gestaltung des Sozialismus zu erarbeiten und dafür Mehrheiten zu gewinnen, sozialistisches Bewusstsein in den Massen zu entwickeln und sie für das selbständige, initiativreiche Wirken für den Sozialismus und seine Verteidigung gegen die Konterrevolution zu mobilisieren. Das erfordert allerdings gründliche Veränderungen in den kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien selbst. Der Glaube, das Wahrheitsmonopol gepachtet zu haben, muss aufgegeben werden, der Marxismus-Leninismus muss wieder als eine schöpferische, sich in der verändernden Wirklichkeit entwickelnde Wissenschaft praktiziert werden, gerade in regierenden kommunistischen Parteien müssen streitbare Diskussionen um mögliche Varianten und Alternativen selbstverständlich sein, im demokratischen Zentralismus muss das Element der Demokratie und damit auch die Parteibasis den notwendigen Platz erhalten.

2. Zu den ökonomischen Verhältnissen

Künftige sozialistische Gesellschaften müssen ökonomisch leistungsfähiger sein. Dies allerdings mit Blick auf ein Bedürfnis- und Wertesystem, das sich vom nackten Konsumismus des Kapitalismus absetzt. Das bedingt, dass an die Stelle bloßer Verstaatlichung, in der Marx und Engels ja nur einen ersten Schritt zur Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft sahen, wirkliche Vergesellschaftung tritt. Es muss darüber nachgedacht werden, wie die Produzenten durch die Entfaltung sozialistischer Selbstverwaltung aus formalen zu tatsächlichen sozialistischen Eigentümern werden können und ihre Entfremdung vom sozialistischen Eigentum verhindert wird. Möglicherweise kann eine gesellschaftliche Eigentumsbasis, die genossenschaftliches, kommunales, Organisations- und Gemeineigentum anderer Art beinhaltet, dazu besser

geeignet sein, als eine solche, die sich im wesentlichen auf das weniger überschaubare, den Produzenten eher fremd gegenüberstehende gesamtstaatliche Eigentum gründet.

Die mit bloßer Verstaatlichung verbundenen Gefahren der Entfremdung vom sozialistischen Eigentum sind während der konterrevolutionären Wende schlaglichtartig zu Tage getreten. Während sich nach der sozialistischen Umwälzung mit den damit verbundenen Erwartungen und Hoffnungen bei nennenswerten Teilen der Arbeiterklasse – wie bereits erwähnt – in den verstaatlichten Betrieben zunächst durchaus sozialistisches Eigentümerbewusstsein entwickelte, was seinen Ausdruck im Arbeitsenthusiasmus und in der Verteidigung des Sozialismus fand, war dieses Bewusstsein Ende der 80er Jahre in allen sozialistischen Ländern Europas so weit verdrängt, dass es nirgendwo mehr eine ernsthafte Verteidigung des staatlichen sozialistischen Eigentums gab.

Anders dagegen die Verbundenheit großer Teile der Kolchos- bzw. Genossenschaftsbauern mit ihrem Kollektiveigentum. Die Vergenossenschaftung in der Landwirtschaft konnte bisher nicht vollständig ausgelöscht werden. Kollektiveigentum besteht unter diesem oder jenem Dach, in dieser oder jener Form weiter, wenn es sich dabei in der kapitalistischen Gesellschaft auch nicht mehr um sozialistische Produktionsverhältnisse handelt. Das sollte hinsichtlich der Formen des gesellschaftlichen Eigentums, bzw. der Verfügung über dieses, zu denken geben.

Zugleich ist es denkbar, im Rahmen des gesamtstaatlichen Volkseigentums Bedingungen zu schaffen, unter denen die arbeitenden Menschen aus formalen zu tatsächlichen Eigentümern werden, die sich auch als sozialistische Eigentümer verstehen und entsprechend arbeiten. So haben sowjetische Ökonomen an der Wende zu den 90er Jahren in der Diskussion um diese Problematik den – wie ich meine – bedenkenswerten Vorschlag gemacht, staatliche Betriebe an die Arbeitskollektive zu verpachten oder andere Formen von Vertragsbeziehungen zu schaffen, bei denen die volle ökonomische Verantwortung, aber auch das Verfügungsrecht über die Arbeitsergebnisse an die Arbeitskollektive übergeht. Im Grunde geht es bei solchen Überlegungen darum, das sozialistische Leistungsprinzip auf der Ebene des ganzen Betriebes anzuwenden und zwischen der Eigentümer- und Unternehmerfunktion zu unterscheiden. Eigentümer ist der Staat als Vertreter der ganzen Gesellschaft. Ihm gehört der Betrieb. Er erhält als Eigentümer die Pacht oder andere vertragliche Abführungen, die der ganzen Gesellschaft zugute kommen. Unternehmer ist das Betriebskollektiv, das über den erwirtschafteten verbleibenden Gewinn verfügt.⁴⁹ Diese Überlegungen finden sich heute in

den ökonomischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und bei Wissenschaftlern aus ihrem Umfeld wieder.

Dabei stecken in solchen Vorschlägen allerdings auch viele Ecken und Kanten. Es macht eben einen großen Unterschied aus, ob ein Betriebskollektiv einen modern ausgerüsteten oder einen rückständigen Betrieb pachtet, ob der Betrieb in der Nähe von Rohstoffbasen, Zulieferern und Absatzmärkten oder weit davon entfernt liegt, ob er sich auf internationalen Märkten oder dem nationalen versorgen bzw. für diese produzieren muss, usw. usf. All das in den Verträgen zwischen dem Staat und dem jeweiligen Betriebskollektiv so zu berücksichtigen, dass Gerechtigkeit gewährleistet wird, ist sicher äußerst kompliziert.

Außerdem dürfen bei alledem natürlich auch die negativen jugoslawischen Erfahrungen nicht außer acht gelassen werden. Es stellt sich das Problem, wie bei einer weitgehenden ökonomischen Selbständigkeit der Betriebe die Ziele einer strategischen Rahmenplanung verwirklicht werden können, die ich für unverzichtbar halte, um ausgewogene Proportionen in der Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten, die Richtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu bestimmen, ökologische Erfordernisse durchzusetzen und die Entwicklung der Gesamtwirtschaft an den Werten der sozialistischen Gesellschaft zu orientieren. Es müssen Mechanismen gefunden werden, die es erlauben, die positiven Möglichkeiten zu nutzen, ohne dass die unmittelbaren Interessen der Produzenten die langfristigen ökonomischen Erfordernisse blockieren, betriebliche oder regionale Egoismen die gesamtgesellschaftlichen Anliegen in den Hintergrund drängen können. Ob und wie das alles zu leisten ist, vermag ich nicht zu sagen. Einen wichtigen Denkanstoß sehe ich in den Vorschlägen über Pacht- oder andere Vertragsbeziehungen dennoch, zumal die Praxis gezeigt hat, dass die bloße Verstaatlichung nicht ausreicht.

Zugleich sollte auch darüber nachgedacht werden, in welchen Bereichen kleines Privateigentum besser geeignet sein kann, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen als gesellschaftliches.

Nachzudenken ist über das Verhältnis von strategischer Rahmenplanung und der Entfaltung sozialistischer Marktbeziehungen zwischen den in großer Eigenverantwortung wirtschaftenden Unternehmen. Wobei mit Blick auf die sozialistische Planung für mich das Wichtigste ihre Demokratisierung ist, die nicht nur formale, sondern tatsächliche und maßgebliche Einbeziehung der Gewerkschaften sowie der Betriebskollektive auf allen Stufen der Herausarbeitung, Umsetzung und Kontrolle der Pläne. Die zentrale Planung sollte sich auf die strategischen Haupt-

kennziffern konzentrieren, möglichst flexibel sein, auf die selbständige Planung der Unternehmen aufbauen und diese in der Rückkoppelung soweit wie möglich mit Hilfe ökonomischer Hebel wie der Kredit- und Steuerpolitik u.a. auf die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse orientieren. Mit den heutigen Möglichkeiten computergestützter Vernetzung wird der künftige Sozialismus dabei über qualitativ neue Möglichkeiten bei der strategischen Rahmenplanung für die ganze Volkswirtschaft, der Koordinierung der Pläne sozialistischer Länder untereinander und der selbständigen Entwicklung von Vertragsbeziehungen der sozialistischen Betriebe untereinander verfügen. Diese waren leider für den realen Sozialismus in Europa noch nicht bzw. nur ungenügend gegeben.

Wettbewerb, Innovationen, gute Leistungen müssen sich für die Unternehmen und ihre Arbeitskollektive wirklich lohnen. Die negativen Erfahrungen des realen Sozialismus zeigen, dass eine erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft auf Dauer nicht möglich ist, wenn das Wertgesetz negiert und das sozialistische Leistungsprinzip nur ungenügend angewandt wird. Die Beachtung und Nutzung dieser Gesetzmäßigkeiten ist darum ebenso unverzichtbar wie die gleichzeitige Entwicklung eines stabilen Netzes sozialer Sicherungen, die Verwirklichung ökologischer, kultureller, gesundheitspolitischer und anderer Aufgaben, die in einer sozialistischen Gesellschaft Priorität haben müssen. Es geht darum, Mechanismen zu finden, die es ermöglichen, das Wertgesetz und das sozialistische Leistungsprinzip gerade mit Blick auf diese Aufgaben effektiv zu nutzen. Eine vollständige Überwindung der Warenproduktion und der Wirkungen des Wertgesetzes wird erst in dem Maße möglich, wie mit dem Übergang des reifen Sozialismus in den Kommunismus an die Stelle unterschiedlicher sozialistischer Eigentumsformen einheitliches gesamtgesellschaftliches Gemeineigentum tritt und die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, dass das sozialistische Verteilungsprinzip «Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung» durch das kommunistische Prinzip «Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinen Bedürfnissen» ersetzt werden kann.

Schließlich muss über den Zielen des Sozialismus entsprechende Veränderungen des Produktivkraftsystems nachgedacht werden sowie über die sozialistischen Wertevorstellungen. Ein sozialistisches Gemeinwesen muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Bedingungen schaffen, die die freie Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter, der Menschen unterschiedlicher nationaler Zugehörigkeit, religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse gewährleisten. Ökonomie und Ökologie, das Verhältnis von Mensch

und Natur müssen so gestaltet werden, das die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen gewahrt werden. Ein sozialistisches Gemeinwesen muss seiner Verantwortung gegenüber den Völkern der ökonomisch unterentwickelten Länder durch gleichberechtigte, solidarische Beziehungen gerecht werden.

Zusammenfassend stimme ich Josef Schleifstein zu, der 1990 in einem Brief an einen Genossen betonte: «Wir müssen das sozialistische Ziel gründlich neu bestimmen, und diese Bestimmung wird sich nicht auf Ökonomie u. Politik beschränken dürfen. Der Sozialismus wird in universell-gesellschaftlichen Kriterien zu bestimmen sein, so dass schon von daher der Missbrauch zumindest erschwert wird: ökonomisch (inkl. nicht-entfremdetes Gemeineigentum), sozial, politisch (inkl. räte- u. basisdemokratisch), ökologisch, frauenemanzipatorisch, internationalistisch (im neuen, hauptsächlich auf die praktische Solidarität mit der Menschheitsmehrheit in Asien, Lateinamerika u. Afrika gerichteten Zielen), geistig-kulturell, ethisch-moralisch. Ich halte gerade die möglichst universelle Bestimmung im humanistisch-demokratischen Sinne für entscheidend, um die Idee des Sozialismus als Menschheitsbefreiungsidee zum Kern künftiger Sozialismusvorstellungen und ihnen entsprechender sozialer und politischer Praxis zu machen.»⁵⁰

Endnoten

- 1 Klaus Peter Kisker, Krise des Sozialismus?, in: *Initial* 1/91, S. 57
- 2 Wir gebrauchen hier die Verbindung Sozialismus/Kommunismus, da Marx und Engels in ihren frühen Arbeiten noch nicht zwischen den Termini Sozialismus und Kommunismus unterschieden haben und diese als dem Sinne und der Bedeutung nach gleiche Begriffe benutzten.
- 3 Marx, Engels, Werke Bd. 3, Dietz-Verlag, Berlin 1958, S. 35
- 4 Lenin, Werke Bd. 27, Dietz-Verlag, Berlin 1960, S. 135
- 5 Marx, Engels, Werke Bd. 4, S. 481
- 6 ebenda, S. 482
- 7 ebenda
- 8 ebenda, Bd. 19, S. 20
- 9 ebenda, S. 28
- 10 ebenda, S. 20/21
- 11 ebenda, S. 21
- 12 Lenin, Werke Bd. 25, S. 485
- 13 Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates in der Zeit des Bürgerkriegs und der militärischen Intervention 1918/20. Sie war durch die vollständige Zentralisierung der Produktion und Verteilung gekennzeichnet. Alle Betriebe standen unter der Kontrolle des Staates, es herrschte allgemeine Arbeits- und vollständige Ablieferungspflicht, Privathandel war verboten.
- 14 Lenin, Werke Bd. 33, S. 460
- 15 ebenda, S. 457
- 16 ebenda, Bd. 25, S. 488
- 17 Heinz Jung: Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR, IMSF Frankfurt am Main 1990
- 18 Hanfried Müller, Gratulation eines Außenseiters zum 175. Geburtstag von Karl Marx, Vortrag beim wissenschaftlichen Kolloquium des Vereins Wissenschaft und Sozialismus Frankfurt a.M. e.V. (15. Mai 1993), S. 36
- 19 Lenin, Werke Bd. 31, S. 42
- 20 Kurt Gossweiler, Rückblick auf den Rückschlag, in: *Weißenseer Blätter* 2/1991, S. 56
- 21 Heinz Jung, Abschied von einer Realität, a.a.O., S. 179
- 22 Harald Neubert, Die Dialektik von ziviler und politischer Gesellschaft bei Gramsci und deren Dysfunktion im «realen Sozialismus», in: *Z 7* (1991), S. 48
- 23 ebenda, S. 58
- 24 ebenda, S. 50

- 25 Hans Heinz Holz, *Niederlage und Zukunft des Sozialismus*, Neue Impulse Verlag, Essen 1991, S. 100
- 26 Harald Neubert, a.a.O., S. 54
- 27 Zur Parteitheorie Lenins, ihren russischen Besonderheiten und allgemeingültigen Prinzipien, siehe: Willi Gerns: Zur Leninschen Parteikonzeption, in: *Marxistische Blätter* 3/1996
- 28 Vgl. Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 362 ff.
- 29 Hans Heinz Holz, a.a.O., S. 108/109
- 30 ebenda, S. 101/102
- 31 ebenda, S. 104
- 32 Charles Pauli: Wirtschaftsreform in Osteuropa, in: *ISW-Report* Nr. 16, S. 3
- 33 Adam Schaff in: *Neues Deutschland* v. 16. Januar 1997
- 34 *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Juni-Heft 1997
- 35 Marx, Engels, *Werke* Bd. 7, S. 97
- 36 ebenda, Band 19, S. 296
- 37 Viktor Perlo, Die ökonomische und politische Krise in der UdSSR, nach der Übersetzung in: *Marxistische Blätter* 4/1991, S. 71 f.
- 38 *Der Spiegel* 3/1993, S. 127
- 39 *Prawda Rossii*, Ausgabe vom 26.7.-1.8.2000
- 40 A.N. Jakowlew, Vorwort, Einsturz, Nachwort, Moskau 1992 (russ.), S. 4
- 41 Interview mit Sergej Kara-Mursa. Veröffentlicht in der in Gießen erscheinenden russischsprachigen Zeitung *Chance*, Ausgabe Juli 2003
- 42 Nach dem von der IHK Frankfurt a.M. veröffentlichten hektografierten Manuskript, S. 3 f.
- 43 Marx, Engels, *Werke* Bd. 13, S. 8
- 44 ebenda, Bd. 4, S. 474
- 45 Lenin, *Werke* Bd. 25, S. 369/370
- 46 *Sozialismus*, Heft 2/1992
- 47 Nach *Weser-Kurier*, Bremen, v. 3. Juni 1992
- 48 ebenda, 28. Juni 2003
- 49 Vgl. *Marxistische Blätter* 4/1991, S. 24 ff.
- 50 Josef Schleifstein: ... ein neues Sozialismusverständnis erarbeiten, in: *Reale Geschichte als Lehrmeister – Josef Schleifstein 1915-1992* (Hg. IMSE, *Marxistische Blätter*, *Sozialismus*, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*), S. 58

Jelena und Alexander Charlamenko

Revolution und Konterrevolution in Russland

Edition Marxistische Blätter • 200 Seiten • 12.60 Euro

Die Anlehnung des Titels an Friedrich Engels' berühmte Schrift ist keine Hochstapelei: Dem Moskauer Wissenschaftlerhepaar Alexander und Jelena Charlamenko ist ein großer Wurf gelungen. Ihre Arbeit, die den Bogen von den spezifischen, den Charakter der russischen Revolution prägenden Voraussetzungen bis zur heutigen Putinschen Reaktion spannt, wird der Diskussion über die Niederlage des Frühsozialismus wesentliche neue Impulse geben, die quer zu den bisher gängigen Interpretationslinien liegen.

Josef Schleifstein

Marxismus und Staat

Edition Marxistische Blätter • 152 Seiten • 9.90 Euro

Die Staatsauffassung der marxistischen Klassiker ist nicht nur Entstellungen von Gegnern, sondern oft auch Missverständnissen derer ausgesetzt, die sich selbst als Marxisten verstehen. Die Arbeit eines der hervorragendsten marxistischen Wissenschaftler der Bundesrepublik, 1982 erstmals erschienen, sorgt hier für Abhilfe: sie gibt einen fundierten Überblick über die Entwicklung der Staatsauffassung bei Marx, Engels und Lenin und entwickelt so anhand ihrer historischen Herausbildung die Grundzüge einer marxistischen Staatstheorie, die auch heute noch Bestand hat.

NEUE IMPULSE VERLAG

Marxistische Blätter – Flugschriften

Die Reihe bringt in loser Folge kleine Arbeiten marxistischer Wissenschaftler. Pro Jahr vier bis sechs Hefte. Einzelpreis EUR 2.50 bis EUR 4.00. Im Abonnement EUR 10.50 für je vier Hefte (einschließlich Porto). Soeben erschienen:

**Ludwig Elm: Konservatismus und rechter Extremismus
in der Bundesrepublik Deutschland**

Flugschrift 15 • 50 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

**Gerhard Feldbauer: Aldo Moro und das Bündnis von Christ-
demokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre**

Flugschrift 14 • 60 Seiten • EUR 3.50 (plus Porto)

Rolf Berthold

China 2003. Auf dem Weg zum Sozialismus

Flugschrift 13 • 74 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Bisher erschienen u. a.:

Wolfgang Abendroth

Der theoretische Weltkommunismus

Flugschrift 12 • 44 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Radhika Desai: Die künftige Politik der Rechten

Flugschrift 11 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

Werner Seppmann

Die Aktualität der Kapitalismuskritik

Flugschrift 09 • 68 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Martin Robbe: Die Palästinenser.

Zur Geschichte und Problematik eines Konflikts

Flugschrift 08 • 76 Seiten • EUR 4.00 (plus Porto)

Domenico Losurdo: Was ist Fundamentalismus?

Flugschrift 07 • 52 Seiten • EUR 3.00 (plus Porto)

Gerhard Feldbauer: Berlusconi – ein neuer Mussolini?

Flugschrift 06 • 64 Seiten • erweiterte Neuauflage • EUR 3.50 (plus Porto)

Domenico Losurdo

Die Linke, China und der Imperialismus

Flugschrift 02 • 32 Seiten • EUR 2.50 (plus Porto)

NEUE IMPULSE VERLAG



Die Zeitschrift
fürs **Vergnügen.**
Am Denken.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Analysen ★ Hintergrund ★ Kommentare ★ Kontroversen

Alle 2 Monate • 112 Seiten
42,50 € / Jahr, ermäßigt 27,50 €. **Probeheft kostenlos.**

Neue Impulse Verlag • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen
Fon: 02 01 - 2 48 64 82 • Fax: 02 01 - 2 48 64 84
NeueImpulse@aol.com

**I. Die Länder des realen Sozialismus
im Licht der Grundaussagen des Marxismus
über die sozialistische Gesellschaft**

**II. Zu den Ursachen der Niederlage
des realen Sozialismus in Europa**

**III. Die Überwindung des Kapitalismus
durch den Sozialismus ist notwendiger denn je**

**IV. Schlussfolgerungen aus der Niederlage
des realen Sozialismus für die Gestaltung
zukünftiger sozialistischer Gesellschaften**